

DP

DEUTSCHE POLIZEI

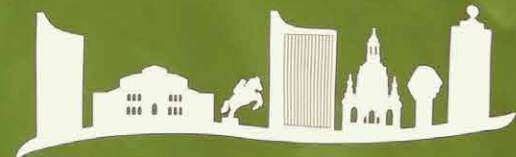
03/23

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Vertrauensleute

Dein starker Rücken



**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Sachsen



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Da für **Beschützerinnen.**

Unsere leistungsstarken Versicherungen für die Polizei.

Es hat sich viel getan, seit SIGNAL IDUNA vor über 110 Jahren gegründet wurde. Eins ist immer geblieben: unser Anspruch, als Gemeinschaft füreinander einzustehen. Vor allem durch unseren Spezialversicherer, die Polizeiversicherungs AG, können Sie sich auf maßgeschneiderte Versicherungslösungen verlassen.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

IN EIGENER SACHE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gibt es noch irgendjemanden in unserem Land, der nicht von Klimaaktionen und Klimaaktivisten gehört hat? Wohl kaum. Und diese Aktionen nerven. Was sie aus Sicht der Aktivisten natürlich auch sollen. Doch trifft das Nervenwollen die Richtigen? Nein. Die direkte Betroffenheit der von den Gruppierungen in den Fokus gerückten politischen Entscheider geht gegen Null. Die der blockierten Bürger und der dauerbelasteten Polizei nimmt dagegen von Tag zu Tag zu. Erst recht nach der Ankündigung der Wortführer „Letzte Generation“ den Aktionsradius und die Intensität der Proteste bewusst, mit Absicht hochzufahren.

Die Politik muss diese Entwicklung einfangen. Das funktioniert nur, indem man auf Augenhöhe den Klimawandel sowie wirksame Gegenmaßnahmen strukturiert und ohne polemische Tonalität erörtert und generationengerechte Klimapolitik umsetzt. Einen nicht unerheblichen Teil der Verantwortung für die jetzt notwendige Deeskalation tragen jedoch die Gruppierungen selbst, vor allem Wortführerinnen wie die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg und ihr deutsches Pendant Luisa Neubauer. Sie treten als Influencerinnen mit gehöriger Reichweite und zahlreichen hörenden Followern auf. Dabei versuchen sie, uns Polizistinnen und Polizisten für ihre inszenierten Bilder zu missbrauchen. Unsere professionelle Polizeiarbeit bei der Einsatzbewältigung steht dem konsequent entgegen. Danke dafür, Kolleginnen und Kollegen!

Gönnen wir uns einen kurzen Rückblick: Angefangen mit beeindruckenden, friedlichen „Fridays for Future“-Aufzügen, über „Extinction Rebellion“ mit größeren Demonstrationen und ersten Ausbrüchen ins Strafbare zu den orchestrierten Grenz-
übertretungen der „Letzten Generation“. Der weitere Weg der

Titel

2 Ach, Sie lächeln ja schon wieder ...

Vor Ort

- 5 Ein Jahr danach ist die Fassungslosigkeit noch immer greifbar
- 9 Die letzten Tage von Lützerath
- 11 Die Lehren von Lützerath
- 18 Harmonisierte Polizeigesetze statt höherer Strafen
- 20 Investitionen erforderlich

Innenleben

- 6 Das neue Team – Teil drei
- 24 Überrascht über ausgebliebenes Angebot
- 25 Der erste Meilenstein ist erreicht!
- 34 Richtig suchen, erfolgreich finden

Im Gespräch

- 12 Belastungssituation in der Kripo zusätzlich verschärft
- 14 Choreografierter Protest
- 21 Mission Mammutaufgabe

Im Detail

- 28 Das ist neu

Hingeschaut

- 30 Zwei Minuten für mehr Kinderschutz
- 38 „Habe großen Respekt vor der Aufgabe“
- 39 Personalräte mit Biss

Gelesen

- 29 Auf schwieriger Mission

Service

- 37 Zahlen unter einem guten Stern

40 Eure Meinung

40 Impressum



Klimabewegung scheint ohne beherzten Eingriff vorgezeichnet: radikaler, womöglich extremistisch! Der Toleranzraum wird enger. Das wirkt mehr und mehr auf die von den Aktionen negativ Betroffenen. Diese schlagen sprich-

wörtlich zurück. Wir Polizistinnen und Polizisten stehen wieder einmal dazwischen, hoch belastet, im Handyfokus aller Seiten, als Bildmaterial für gezielte Kampagnen missbraucht und genervt, nicht an anderer Stelle hilfreicher sein zu können. Bekommt man im aktivistischen Bali-Urlaub eigentlich noch etwas von den Diskussionen über eine Verbotprüfung, den Verhinderungsgewahrsam und belächelte Gerichtsurteile mit? Ich hoffe das sehr.

Viel Lesespaß mit unserem DP-Klimaschwerpunkt.

Jochen Kopelke
GdP-Bundesvorsitzender

Titel

VERTRAUENSLEUTE

Ach, Sie lächeln ja schon wieder ...

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat 2023 zum Jahr der Vertrauensleute erklärt. Aus diesem Anlass wirft die GdP einen Blick in die Bezirke und stellt die Menschen vor, die dafür sorgen, dass das grüne Herz auch bis in die letzte Dienststelle der Republik schlägt. In dieser Ausgabe treffen wir Lena Ackermann und Marko Pfeiffer von der Polizeidirektion Chemnitz. Ein Gespräch über offene Türen, ihre Liebe zur Arbeit ... und Plätzchen.

Danica Bensmail

Marko und Lena winken zur Begrüßung in die Laptopkamera. Die Atmosphäre ist herzlich – trotz Videotelefonat. Unser Gespräch startet gleich mit einem kleinen Lacher. Es wird nicht der letzte sein. Vertrauensleute (VL) tragen viele Hüte: Sie sind Kümmerer, Bescheidwisser und Einoffenesohrhaber. Was hat die beiden bewogen, sich für die GdP zu engagieren? Marko Pfeiffer ist Bezirksgruppenvorsitzender der Polizeidirektion (PD) Chemnitz. Der Polizeihauptmeister ist seit 1996 in der Polizei und genauso lange in der Gewerkschaft aktiv. „Ich habe immer gedacht: Es muss doch mal einen geben, der hilft. Es ist mir wichtig, den Leuten etwas Gutes zu tun, etwas zu organisieren. Ich kann nicht rumsitzen und nichts machen“, sagt der Chemnitzer und grinst.

... ins offene Wasser?

Seine Kollegin Lena nickt. Die Tarifbeschäftigte ist seit 2018 bei der Polizei und mittlerweile verantwortlich für die Koordination im Referat II – Einsatz, Verkehr, Führungs- und Lagezentrum. Auch Lena ist seit Tag eins im Dienst des grünen Sterns unterwegs. „Als ich bei der Polizei angefangen habe, hat eine Arbeitskollegin meiner Mutti mir eine Zuckertüte mit einem GdP-Mitgliedsantrag überreicht“, erzählt sie und lächelt. Süß! Mama ist also auch bei der Polizei? Lena nickt. Sehr schön! Die GdP-Familie wächst und gedeiht, so soll das sein.

Lena geht es genauso wie Marko: Das Kümmerer ist für die beiden ein natürlicher Instinkt. Darum habe Lena auch nicht lan-

ge gezögert, sich zu engagieren. „Ich habe eh schon immer gemacht und bin dann einfach ins offene Wasser geschubst worden“, sagt sie und wird prompt von Marko unterbrochen: „Ins kalte Wasser, oder ins offene Messer – entscheide dich.“ Alle lachen. Mit den beiden zu sprechen, ist angenehm. Eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche VL-Arbeit.

Die Polizei kriegt was gebacken

„Als Vertrauensperson musst du immer wieder durch kleine Aufmerksamkeiten Anlässe schaffen, um ins Gespräch zu kommen“, erklärt Marko. Vertrauensfrau Lena hat dafür, im wahrsten Sinne des Wortes, ihr ganz eigenes Rezept. Als Türöffner zu den Kollegen setzt sie auf Kulinarisches. Gut, Liebe geht ja bekanntlich durch den Magen: „Zum Männertag hatten wir eine Pizza-Aktion, an Weihnachten gibt es Plätzchen oder einen Stollen“, erzählt sie. Kaufen? Wie un kreativ! In der PD Chemnitz rührt die Gewerkschafterin den Plätzchenteig noch höchstselbst an. In anderen Worten: Die Polizei kriegt was gebacken – dank der GdP. Stark!

Sächsische Handarbeit

Das kommt gut an bei den Kolleginnen und Kollegen. Wir stellen fest: alles sehr herzlich und familiär bei der GdP Sachsen. „Genau dieses familiäre und kleine macht den Unterschied“, betont Marko. Jede Vertrauensperson habe dabei ihre ganz eigene Art der Ansprache gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, und das sei auch gut so.

So persönlich wie der Draht zu den Mitarbeitenden, so persönlich sind auch die Geschenke der Bezirksgruppe Chemnitz. „Vorletztes Jahr zu Weihnachten gab's eine Kerze mit GdP-Aufdruck“, sagt Lena, während Marko die Kerze hervorkramt. „Achthundert Stück, handbeklebt. Das war jede Menge Bastelarbeit und etwas sehr Persönliches von uns.“ Klasse!

Unsere Tür ist immer offen

Klingt prima, nur ist nicht jeden Tag Weihnachten. Wie kommen die beiden im Dienstalltag mit den Menschen ins Gespräch? „Für mich ist das einfach“, sagt Lena und strahlt. „Ich habe als Koordinatorin sowieso mit den Leuten im ganzen Referat zu tun. Das ist mein Türöffner als Vertrauensperson.“ Dabei geht es um alles Mögliche, von neuen Kalendern bis hin zur Erläuterung bestimmter GdP-Positionen. Zum Beispiel rund um das Thema Impfen oder die Unvereinbarkeit einer AfD-Mitgliedschaft mit der in unserer Gewerkschaft der Polizei. Vertrauensleute müssten in jedem Fall sprechfähig sein, betont Marko. Manchmal werde man auf dem Flur flapsig von der Seite angemacht. „Auch darauf muss man souverän reagieren. Und dafür machen wir unsere Vertrauensleute natürlich fit.“

”

Mit meiner jetzigen Stelle habe ich praktisch im Lotto gewonnen. Überhaupt in die Polizei zu kommen, war 2018 mein persönlicher Jackpot.

Ganz im Vertrauen...

Genauso fit wie für den Umgang mit vertraulichen und beratungsintensiven Anliegen. Die erfordern ein sicheres Händchen. Was, wenn plötzlich jemand in der Tür steht und weiß nicht mehr weiter? „Gibt's auch“, sagt Marko und betont: „Unsere Tür ist immer offen.“ Regel Nummer eins: tief durchatmen. „Dann

setzen wir uns hin und klären gemeinsam, wie wir das Problem wieder geradebiegen.“ Im Rechtsschutzfall fülle man zusammen mit der Vertrauensperson den Antrag aus. „Das Mitglied schreibt nur noch den Sachstand auf, wir schicken es weg, und das war es“, sagt Marko und klatscht in die Hände.

Auch mit Fragen zum blauen Marktbegeleiter kommen Kollegen mitunter auf die

beiden zu. Lena erinnert sich: „Mich hat sogar mal jemand nach einem blauen Kontaktmann in unserem Referat gefragt“, sagt Lena mit einem breiten Grinsen. „Ich habe ihm stattdessen erzählt, wie es bei uns so abläuft und ihm die GdP Leistungen rausgeschickt. Da kann er ja nochmal vergleichen.“



Vertrauensleute Lena Ackermann und Marko Pfeiffer: im Dienst fürs grüne Herz.

Die Polizei, mein persönlicher Jackpot

Wie die Polizeiarbeit ist auch die Tätigkeit der Vertrauensleute geprägt von zwei Dingen: der Fähigkeit zur Kommunikation und der Freude an der Arbeit mit Menschen. Klar, dass es bei all den Menschen, na ja, auch mal ein wenig „menschelt“. Das erfordert jede Menge Gelassenheit. Woher schöpfen die Chemnitzer Vertrauensleute neben der 40-Stunden-Woche die ganze Power? Wie geht das? Schlaucht das nicht auf Dauer? Fragen über Fragen ...

Lena schüttelt entschieden den Kopf: „Mit meiner jetzigen Stelle habe ich praktisch im Lotto gewonnen. Überhaupt in die Polizei zu kommen, war 2018 mein persönlicher Jackpot. Ich bin viel bei uns im Haus unterwegs und treffe jeden Tag Menschen, da kommt automatisch das Grinsen, weil mir mein Job Spaß macht.“ Und genau dieser Spaß an der Sache sei gleichzeitig die größte Motivation, sich noch stärker mit einzubringen: „Du kommst auf den Gang und wirst begrüßt mit den Worten: Ach, Sie lächeln ja schon wieder. Weil es toll ist! Und damit ist die Energie da.“ WOW!

Gutes tun tut gut

Und bei Marko? Der zuckt mit den Schultern: „Ich hab' eigentlich überhaupt keinen Bock und mach's nur wegen Geld.“ Alle brechen in lautes Gelächter aus. Spaß beiseite: „Es tut gut, jemandem etwas Gutes zu tun“, sagt Marko und verweist auf sein Lieblingsspruchwort: „In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst.“ Wer das nicht beherzige, sei nur ein Verwalter und nicht mit grünem Herzen bei der Sache.

„Diese Arbeit muss dir Spaß machen, ansonsten gehst du vor die Hunde. Es ziehen alle an dir, und das kann auch mal richtig schwer sein. Aber mit den Kollegen und dem Vorstand an unserer Seite verteilt sich die Last, und dann macht es Laune“, sagt der Hauptmeister.

Und noch etwas: „Das grüne Herz ist für mich das eigentliche Symbol der GdP, vielmehr noch mehr als der Stern. Wir sind die Herzlichen, die Lieben, die aufmerksamen Menschen. Und das ist auch spürbar für unsere Mitglieder.“ ■



Foto: GdP



Yasmin
Alexander

† 31.01.2022

#ZWEIVONUNS - GEDENKEN AN DIE POLIZISTENMORDE VON KUSEL

Ein Jahr danach ist die Fassungslosigkeit noch immer greifbar

Der 31. Januar 2022 wird für viele Polizeibeschäftigte in trauriger Erinnerung bleiben. Am frühen Morgen dieses Wintertages hat ein Mann auf kaltblütige, skrupellose Weise zwei junge Polizisten, Yasmin und Alexander, im rheinland-pfälzischen Kusel erschossen. Der Schock saß tief. Nun jährt sich das schreckliche Ereignis, und noch immer ist Fassungslosigkeit und das tiefe Mitgefühl mit den Angehörigen der beiden Getöteten greifbar.

Michael Zielasko

„Am heutigen Gedenktag steht für einen Moment alles still. Wir werden Yasmin und Alexander niemals vergessen“, sagte die rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Sabrina Kunz. Der Polizistenmord habe das Gefahren- und Risikobewusstsein bei vielen Kolleginnen und Kollegen geschärft. Kunz: „Vielen von uns ist seit der Tat noch einmal mehr ins Bewusstsein gerückt, dass wir immer vom Schlimmsten ausgehen und mit schlimmsten Eskalationen rechnen müssen.“ Jede Routinesituation könne sich zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung entwickeln. Die Gewerkschafterin nahm an einer örtlichen Gedenkveranstaltung in Kusel teil.

Die zentrale Gedenkveranstaltung fand an der rheinland-pfälzischen Hochschule der Polizei am Hahn statt. Dort befindet sich die Gedenkstätte für im Dienst verstorbene Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte.

Stellvertretend für den Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nahm GdP-Bundesvize René Klemmer an der Kranzniederlegung teil. Im stillen Gedenken vereint waren zudem der Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Michael Ebling, der amtierende Inspekteur der Polizei Rheinland-Pfalz, Friedel Durben, Dr. Axel Henrichs, stellvertretender Leiter der Hochschule der Polizei, für die Behördenleitung des betroffenen Polizeipräsidiums Westpfalz Christof Gastauer und für den Hauptpersonalrat Polizei unsere GdP-Kollegin Steffi Loth.

Das Gedenken sei sehr einfühlsam gestaltet worden, berichtete Klemmer im Anschluss. Betont worden sei der familiäre Zusammenhalt in der Polizei. Das überwältigende Mitgefühl aus der Bevölkerung nach der Tat wirke nach. „Es wirkt nach. Genau so wie die brutale Tat“, sagte der GdP-Vize nach der „sehr würdigen Veranstaltung“. ■

Das neue Team

Michael Mertens

Stellvertretender Bundesvorsitzender

In der Polizei seit 1979

In der GdP seit 1984

ZUDEM

Vorsitzender des GdP-Landesbezirkes
Nordrhein-Westfalen

SCHWERPUNKT

Verkehrspolitik/Automotive IT

Verkehrspolitik/Automotive IT

Die Sicherheit auf deutschen Straßen ist mir eine persönliche Herzensangelegenheit. Dabei haben wir als GdP nicht nur die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Blick, sondern auch unserer Kolleginnen und Kollegen, die im Stadtverkehr, auf Landstraßen und Autobahnen ihren Dienst verrichten. Im Coronajahr 2021 waren die Unfallzahlen pandemiebedingt stark rückläufig und dennoch sind im Durchschnitt jeden Tag sieben Menschen im Straßenverkehr gestorben. Sieben Menschen zu viel!

Als GdP ist unser erklärtes Ziel darum, die sogenannte Vision Zero, also das Ziel, die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten und Verletzten auf null zu senken. Damit die Vision Zero keine Vision bleibt, sondern konkrete Formen annimmt, bedarf es entsprechender Investitionen in unsere Polizei. Kurz: Mehr Personal, bessere Ausstattung und kontinuierliche Innovationen für eine moderne Verkehrssicherheitsarbeit.

Die GdP will und wird die Mobilitätswende konkret (mit)ausgestalten. Damit folgen wir dem einstimmigen Wunsch der Delegierten des GdP-Bundeskongress aus dem September 2022. Klar, dass das Thema Sicherheit für uns dabei an erster Stelle steht.



Auf ihrem 27. Ordentlichen Bundeskongress hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im September 2022 einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) gewählt. Nach mittlerweile über 100 Tagen im Amt, wird es Zeit, das Team um den GdP-Chef Jochen Kopelke vorzustellen: Wer sie sind, wofür sie stehen. TEIL DREI.

Danica Bensmail

Hagen Husgen

Schriftführer

In der Polizei seit 1986

In der GdP seit 1992

ZUDEM

Stellvertretender Vorsitzender des GdP-Landesbezirksvorstandes Sachsen

SCHWERPUNKTE

Ausstattung/Ausrüstung,
Digitalisierung/Künstliche Intelligenz (KI)

Ausstattung/Ausrüstung

Die schrecklichen Bilder von Silvester 2022 sind in meiner Erinnerung noch immer frisch: Kolleginnen und Kollegen, die gezielt mit Feuerwerkskörpern attackiert wurden, darunter etliche mit Brandwunden. In meiner Funktion als zuständiges Mitglied für den Bundesfachausschuss Schutzpolizei geht mir das nahe. Die Kolleginnen und Kollegen sind oft die ersten vor Ort, dort wo es knallt. Ihre körperliche und mentale Belastung ist immens, auch über Silvester hinaus. Ihr Einsatz für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verdient deutlich mehr Wertschätzung. Er verdient vor allem aber auch unser Engagement, Maßnahmen, die zu ihrer Sicherheit beitragen, zu verbessern. Die Silvestereinsätze haben verdeutlicht, dass im Bereich polizeilicher Ausstattung eine ganze Menge optimiert werden muss. Dieses Thema wird die GdP 2023 beschäftigen.

Digitalisierung/KI

Die Zukunft der Polizei liegt mir am Herzen. Sowohl ich als auch meine Kolleginnen und Kollegen in der GdP arbeiten dafür, dass die Polizei mit der Zeit geht. Das beginnt dabei anzuerkennen, dass sich die Bedürfnisse der jungen Menschen in der Polizei ein großes Stück weit geändert haben. Dem müssen die Alten Rechnung tragen. Aber wenn wir über Zukunft reden, dann steht in deren Mittelpunkt ganz klar die Digitalisierung der Behörde. Dort gibt es noch viel Raum für Verbesserung. Gut für uns! Als GdP wollen wir die Digitalisierung der Polizei aktiv im Sinne der Beschäftigten mitgestalten. Wir machen Druck, damit aus dem Projekt Polizei2020 am Ende kein Projekt Polizei2040 wird.



Sven Hüber

Stellvertretender Bundesvorsitzender

In der Polizei seit 1990

In der GdP seit 1990

ZUDEM

Stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirksvorstandes Bundespolizei | Zoll

SCHWERPUNKTE

Beamtenpolitik, Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht

Besoldung

Auf dem 27. Ordentlichen Bundeskongress hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Auftrag der Delegierten erhalten, sich für eine bundeseinheitliche Besoldung starkzumachen. Kurz: gleiches Geld für gleiche Arbeit. Das tun wir! Dabei handelt es sich definitiv um eines der dickeren Bretter, die wir dieses Jahr bohren werden. Macht nichts! Herausforderungen schrecken uns nicht ab. Im Gegenteil: Sie spornen uns an. Ein bundeseinheitliches Rahmenrecht für die Besoldung unserer Kolleginnen und Kollegen ist lange überfällig. Diese Forderung schließt natürlich auch die Beschäftigten des Zolls mit Vollzugsaufgaben ein. Es gibt jede Menge zu tun, denn auch das Zulagenwesen ist nicht weniger heterogen. Darum steckt die GdP ihre Kraft in die Ausgestaltung der Polizeizulage als einheitliche ruhegehaltstfähige Zulage. Konkret: mindestens 300 Euro mehr und entsprechend den Erhöhungen des Grundgehaltssatzes dynamisiert.

Arbeitszeit

Ein Sprichwort besagt: Zeit ist Geld. Für viele Beschäftigte in der Polizei trifft das nicht mehr zu. Zeit ist Zeit und Geld ist Geld. Die Arbeitsbelastung hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Diverse Ausnahmesituationen und Krisenlagen haben die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen massiv verdichtet. Für viele von ihnen ist Zeit mindestens eine genauso harte Währung wie Geld. Die GdP hat das verstanden und wird auch künftig dafür streiten, eine Senkung der Wochenarbeitszeit für Schichtdienstleistende umzusetzen. Einzelne Länder, wie Schleswig-Holstein, haben bereits gezeigt wie, vor allem aber, dass es funktioniert. Das wollen wir auch! Wechselschichtdienst ist ungesund und dementsprechend belastend. Aus gutem Grund empfehlen Arbeitsmediziner eine Wochenarbeitszeit deutlich unter 40 Stunden pro Woche. An dieser Stellschraube werden wir als GdP drehen!



Vor Ort



Aktivisten in Lützerath: auf der Suche nach Konfrontation.

GROSSEINSATZ IM RHEINISCHEN BRAUNKOHLEREVIER

Die letzten Tage von Lützerath

GdP-NRW-Landeschef und Bundesvize Michael Mertens verfolgte den Einsatz vor Ort. Vor Ort ist in Lützerath, direkt an der Abbruchkante des Braunkohletagebaus Garzweiler II. Das Dorf wurde von Aktivistengruppen zu einer Ikone des entschlossenen Klimaprotestes erkoren. Der Einsatz in und um Lützerath erfuhr neben der enormen symbolischen Aufladung hohe mediale Aufmerksamkeit. Das macht einen Polizeieinsatz zur Räumung nicht einfacher. DP-Autor Holger Dumke hat Mertens begleitet.

Holger Dumke

Der frühe Morgen des 11. Januar: Es ist nass, es ist kalt. Im Tagebau Garzweiler bei Erkelenz im Rheinland leuchten tief unten die Lichter von Bagger und Förderbändern – und dann auch eine schier endlose Kette von Blaulichtern. Polizeifahrzeug um Polizeifahrzeug setzt sich in Bewegung. Über eine in Tagen zuvor vom Energiekonzern RWE eigens gebaute Rampe fahren die Mannschaftswagen aus der Grube hinauf, einer nach dem anderen, wie auf einer Perlenschnur gezogen. Die Räumung von Lützerath hat begonnen.

Sorgenvolle Fragen

Es ist einer der größten Polizeieinsätze in der Geschichte Nordrhein-Westfalens (NRW) – einer, über den im Vorfeld viel diskutiert wurde. Der von Kohlegegnern besetzte Weiler Lützerath ist ein Symbolort der Klimaschutz-Bewegung. Im Rheinland ist es die letzte Ortschaft, die der Braunkohle weichen

muss. Dafür bleiben aber fünf weitere, eigentlich ebenfalls für den Abriss vorgesehene Dörfer. Und der Kohleausstieg wird in NRW von 2038 auf das Jahr 2030 vorgezogen.

Über allem schwebt deshalb sorgenvoll die Frage: Würde es zu ähnlichen Auseinandersetzungen kommen wie einst im Hambacher Forst?

Tatsächlich werden die Beamtinnen und Beamten mit Steinwürfen und Böllern empfangen. Es fliegen auch einzelne Molotow-Cocktails. Sie richten aber keinen Schaden an. Diese Gewalt ist auch nicht prägend für die Räumung, im Gegenteil. Die zuständige Polizei Aachen hat ein Einsatzkonzept erarbeitet, das in puncto Deeskalation und Kommunikation Maßstäbe setzt. Es geht auf.

Gleich am ersten Einsatztag verlassen schon über 200 Menschen nach Gesprächen Lützerath. Bis zum Ende der Räumung, nur sechs Tage später, steigt diese Zahl auf 372 an. Schritt für Schritt arbeiten sich die Einsatzkräfte mit technischer Unterstützung vor, viel, viel schneller als erwartet.

Besonnen und hochprofessionell

Besetzte Häuser, Monopods, Tripods und einzelne Lock-Ons werden nacheinander geräumt – ebenso Baumhäuser – und das bei mitunter stürmischen Böen. Aus teils über 20 Metern Höhe holen Spezialisten der Polizei Besetzer. Gleich danach folgen Arbeitskräfte von RWE, beseitigen die Strukturen, fällen Bäume und reißen Häuser ab.

GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und NRW-Landesvorsitzende Michael Mertens machen sich vor Ort ein Bild vom besonnenen und hochprofessionellen Vorgehen der Einsatzkräfte. „Die Kolleginnen und Kollegen machen unter schwierigen Bedingungen einen Riesenjob“, sagen Kopelke und Mertens.

Schwierig ist der Job nicht nur wegen des widrigen Wetters. Schwierig ist er auch, weil es eben nicht nur Kohlegegner gibt, die nach Gesprächen aufgeben und friedlich von dannen ziehen. 159 Personen müssen von der Polizei weggebracht werden. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) berichtet später von fast 500 Straftaten, die während der gesamten Einsatzdauer im Kontext mit Lützerath begangen wurden – Sachbeschä-

digungen etwa, Widerstand, Landfriedensbruch, Nötigungen und Körperverletzung.

Feindbild Polizei

In die bunte Besetzerschar, aber auch unter Unterstützer von außen, haben sich von Anfang an Extremisten und Militante gemischt. Die Polizei ist für sie ein Feindbild. In einem Nachbarort von Lützerath geht schon im Vorfeld der Räumung ein ziviles Einsatzfahrzeug in Flammen auf, ausgerechnet der Wagen eines Kommunikationsteams. „Radikale nutzen Klimaschutz als trojanisches Pferd“, warnt Michael Mertens.

Die große Stunde dieser Leute schlägt bei einer Demo wenige Tage nach Räumungsbeginn. Rund 15.000 Menschen haben sich in der Nähe versammelt, um für Klimaschutz zu demonstrieren. Die Demo läuft völlig aus dem Ruder und mündet in einer versuchten Erstürmung Lützeraths. Tausende bürgerliche Demonstrierende folgen einem schwarzen Block, der den Demozug verlassen hat. Die Menge strebt erst an die gefährliche Tagebaukante und dann zum mittlerweile eingezäunten Dorf. Mitten unter den Menschen: prominente Vertreterinnen der Klimabewegung wie die Schwedin Greta Thunberg und Luisa Neubauer. Auch sie kümmert ganz offensichtlich nicht, was verboten ist.

Man solle sich von der Polizei nicht aufhalten lassen

Hier ist die „Entgrenzungsstrategie“ von Linksextremisten aufgegangen, analysiert der NRW-Verfassungsschutz später. Am Demoplatz hatten zuvor erstaunliche Lautsprecher-Durchsagen die Massen befeuert. „Macht, was ihr für richtig haltet“ hatte es da geheißt – und dass man sich von der Polizei nicht aufhalten lassen solle.

Das aber funktioniert in einem Rechtsstaat nicht. Dass RWE in Lützerath Kohle abbaggern darf, ist durch Gerichte höchstinstanzlich bestätigt worden. Ebenso wurde das vom Kreis Heinsberg für den Bereich erlassene Betretungsverbot von Gerichten bestätigt. Die Menge störte das nicht.

Als wiederholte Durchsagen nicht fruchten, geht die Polizei teilweise mit Mehrzweckstöcken und Pfefferspray gegen die anrückenden Protestierer hervor. Auch Was-

serwerfer kommen zum Einsatz – allerdings nicht mit gezielten Strahlen, sondern mit Wasserregen, der die Gemüter kühlen soll.

Legendenbildung

Bilder von diesem Einsatz gehen deutschlandweit durch die Nachrichten. Behauptungen von Protestierern, es habe über 100 Schwerverletzte gegeben, gar lebensgefährlich Verletzte, erweisen sich schnell als Legende. Den Rettungshubschrauber, der angeblich geflogen sein soll, hat niemand gesehen.

Im Innenausschuss des NRW-Landtages stärken in der Folgewoche alle Fraktionen der Polizei den Rücken, bescheinigen ihr, bei der Räumung professionell und deeskalierend vorgegangen zu sein. Vorwürfen gegen Polizisten werde nachgegangen, versichert Innenminister Reul. Er sprach von aktuell fünf Fällen – wohlgermerkt: bei in der Spitze bis zu 3.700 eingesetzten Beamten.

Noch nicht vorbei

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Kohle und Klima ist mit Lützerath, wo die GdP jeden Tag vor Ort war, nicht vorbei. Während und nach der Räumung gab es sogenannte „Soli-Aktionen“. Nicht weit vom Tagebau Garzweiler seilten sich Rollstuhlfahrer von einer Autobahnbrücke ab. In Essen ketteten sich Kohlegegner an die RWE-Zentrale, in Düsseldorf wurde die Landeszentrale der Grünen zeitweise besetzt. Im rheinischen Revier blockierten Klimaschützer Gleise zum wichtigen Kraftwerk Neurath und einen Bagger im Tagebau Inden.

Für die Gewerkschaft der Polizei steht fest, dass Klimaschutz ein fundamental wichtiges Anliegen ist und Streit und das Ringen um die beste Lösung in einer Demokratie dazu gehören. Rechtsbrüche nicht. ■

Vor Ort



KOMMENTAR

Die Lehren von Lützerath

Michael Mertens

Der Rechtsstaat ist stark – das ist die Botschaft von Lützerath. Tausende Kolleginnen und Kollegen sind für ihn eingetreten. Dafür gebührt ihnen Respekt und Dank!

Dass Lützerath der Kohle weichen muss (und andere Dörfer dafür bleiben), das war eine Entscheidung unserer demokratisch gewählten Regierung. Sie ist von Gerichten höchstinstanzlich bestätigt worden. Das kann man falsch finden und dagegen protestieren, ein wichtiges Grundrecht in unserer Gesellschaft. Was man nicht kann: einfach seine Meinung durchdrücken, dafür Rechtsverstöße und Straftaten begehen. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. ■



Machten sich ein Bild der Lage: GdP-Bundeschef Jochen Kopelke und GdP-Landeschef NRW und Bundesvize Michael Mertens.



Im Gespräch

Alexander Poitz

ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der 34-jährige Brandenburger Kriminalbeamte zeichnet als Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes für das Thema Kriminalpolizei und den entsprechenden Bundesfachausschuss verantwortlich.



KLIMAPROTESTE

Belastungssituation in der Kripo zusätzlich verschärft

Auch die Kriminalpolizei ist von den Klimaaktionen vor dem Hintergrund zusätzlicher Arbeitsbelastungen betroffen, wissen die Kolleginnen und Kollegen des Bundesfachausschusses Kriminalpolizei (BFA Kripo) der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Gemeinsam mit GdP-Bundesvize Alexander Poitz hat das Gremium die kripospesifische Entwicklung der Klimaproteste abgeklopft. Was herausgekommen ist, erläutert Poitz im DP-Gespräch.

Michael Zielasko

DP: Kollege Poitz, bei der Berichterstattung über Klimaproteste fallen einem vor allem Kolleginnen und Kollegen der Schutz- und Bereitschaftspolizei ins Auge.

Alexander Poitz: Das stimmt zwar, die zweifelhafte Zunahme der Belastungen für die Bereitschafts- und Schutzpolizei betrifft jedoch auch die Kriminalpolizei. Und das insbesondere in den Bereichen Anzeigenaufnahme, Ermittlungsarbeit zu den resultierenden Strafverfahren, Kriminaltechnik und Kriminalitätsbekämpfung im virtuellen Raum.

DP: Welche Deliktformen beschäftigen die Kripo-Kolleginnen und -Kollegen vornehmlich?

Poitz: Kriminalpolizeilich gehen wir vor allem von einer Zunahme der Strafverfahren im Bereich „Nötigung“, „Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr“, „Haus-/Landfriedensbruch“ und „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ aus. Hinzukommen – meist durch organisierte, professionelle Angriffe auf kritische Infrastrukturen – umfangreiche Ermittlungsverfahren. Das sind sogenannte Strukturverfahren, bei de-

nen der Verdacht der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ geprüft wird. Die Belastungssituation in der Kriminalpolizei wird dadurch zusätzlich verschärft.

DP: Was ist neu an den Klimaprotesten?

Poitz: Das Vorgehen und die Verhaltensweisen. Klebstoff an den Fingern, keinerlei Mitwirkungsbereitschaft bis hin zu Angriffen auf Polizeibeschäftigte. Das alles behindert vor allem die kriminalpolizeiliche Beweiserhebung sowie -dokumentation.

DP: Und wirkt sich negativ aus.

Poitz: Natürlich. Eine vorgeschobene Fallbearbeitung von Beschäftigten der Kriminalpolizei und deren Einbindung in derartige Großeinsatzlagen lässt die ohnehin großen Aktenberge bei der Kriminalpolizei sicherlich nicht schrumpfen.

DP: Wo hapert es noch?

Poitz: Eine gerichtsfeste Beweislasthebung erfordert eine Polizei mit kriminalistischer Kompetenz, praktikablen rechtlichen Voraussetzungen, Spezialisierungen und regelmäßiger Fort- wie Weiterbildungen. Aber auch die Kriminalitätsbekämpfung im virtuellen Raum, darunter Ermittlungen zu Vorbereitungshandlungen oder Tätern, kann aufgrund fehlender rechtlicher Ermittlungsinstrumente, personeller Defizite und technischer Voraussetzungen derzeit nicht durch die Kriminalpolizei umfänglich gewährleistet werden.

DP: Vielen Dank für Deine Bewertung.



Fotos: picture alliance/da | Bora Roesler

Vor der anstehenden Räumung im Fechenheimer Wald hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kritik von Klimaaktivisten zurückgewiesen, die Einsatzkräfte würden mit Gewalt gegen friedliche Demonstranten vorgehen. Das sei eine Unterstellung, sagte der hessische Vorsitzende der Gewerkschaft, Jens Mohrherr der Onlineausgabe der „Frankfurter Allgemeinen“. Die Polizei müsse die Rechtslage umsetzen. Die gesellschaftliche Legitimation des Umweltschutzes dürfe nicht dazu führen, dass Beamte „wieder zum Feindbild abgestempelt werden“. Mohrherr verwies auf die Vorkommnisse in Lützerath in Nordrhein-Westfalen, wo es zu Angriffen gegen die Polizei gekommen war.

Links: Beamte eine Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Polizei seilen einen Baumbesetzer aus einem Baumhaus im Fechenheimer Wald (Hessen) ab.

ANZEIGE

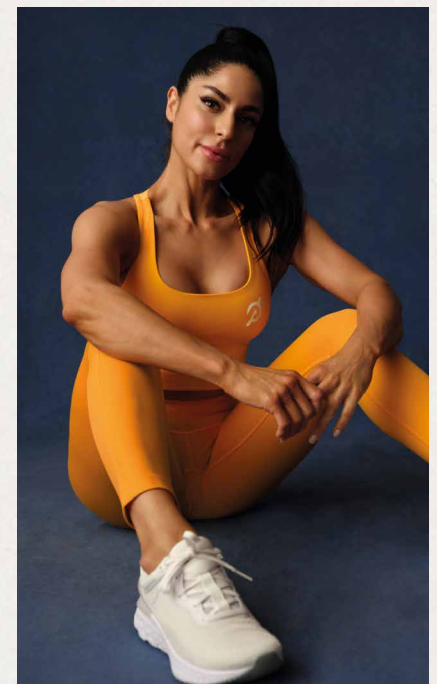
PELOTON

EXKLUSIVES PELOTON ANGEBOT FÜR DICH.



SPARE 200 € AUF ZUBEHÖR BEIM KAUF DEINES PELOTON BIKE, BIKE+ ODER TREAD.

Hol dir dein Peloton Bike, Bike+ oder Tread und erlebe grenzenlose Motivation. Zum Beispiel mit Assal Arian. Als ehemalige Kriminaloberkommissarin weiß die Peloton Krafttrainerin genau, welche Workouts dir helfen, jeden Tag in Topform zu sein. Sicher dir dieses exklusive Angebot und spare 200 € auf das passende Zubehör. Mehr Infos unter "Dein GDP-Plus" oder bei unserem Kundenservice unter 0800 000 1841



Assal Arian, Peloton Krafttrainerin und ehemalige Kriminaloberkommissarin

*Internet erforderlich. Peloton Mitgliedschaft (39 €/Monat) separat, um auf die Kursbibliothek zuzugreifen. Kann nicht mit anderen Angeboten kombiniert werden.





Eine Protestaktion der Letzten Generation im Museum für Naturkunde in Berlin.

KLIMAPROTESTE

Choreografierter Protest

Von der Sitzung des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Sitzungsraum der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle nimmt Eckhard Christian Metz nur ein paar Treppenstufen zur DP-Redaktion. Wir sind mit dem BFA-BePo-Vorsitzenden und Hundertschaftsführer der 1. Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft der Polizei Sachsen-Anhalt verabredet. Gehen soll es um die seit Monaten anhaltenden Klimaproteste. Manchmal braucht es keine Fragen, wenn die Antworten für sich sprechen.

Michael Zielasko

► „Es ist nicht ungewöhnlich, dass prominente, oder nennen wir sie in der Öffentlichkeit stehende Personen bei Versammlungen auftreten. Auf der anderen Seite darfst du nicht davon ausgehen, dass jede Einsatzkraft diese Person auch automatisch erkennt. Der eine oder andere Bundestagsabgeordnete musste diese Erfahrung bereits machen, als sie oder er sich solidarisch zu einer Sitzblockade gesellt hatte. Eine unterschiedliche Behandlung dürfen sie als Teil einer zu bewältigenden Lage nicht erwarten.“

► „Es macht allerdings einen Unterschied, dass eine prominente Aktivistin wie Greta Thunberg unlängst in Lützerath zumeist nicht allein irgendwo sitzt oder steht. Da ist ein großes Gefolge um sie geschart. Darunter sind Menschen, die einen Plan haben, organisiert sind, und sehr genau wissen, wie eine öffentliche Person auf die Online- und TV-Bühne gestellt werden kann. Andere nehmen für sich in Anspruch, dass die Tatsache der Nähe einer bekannten Influencerin sie zu einem anderen, tja, aus ihrer Sicht womöglich mutigem Handeln ermächtigen darf. Das beinhaltet dann auch den einen oder anderen Grenzübertritt.“



Gewerkschaft
der Polizei

BB
Bank
Better Banking

BBBank-Kreditkarten¹ mit GdP-Logo.



- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte¹
(Visa Card) zum Sonderpreis

Sonderkonditionen
für GdP-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon oder
WhatsApp 0721 141-0
und auf www.bbbank.de/gdp



Einfach online bestellen:
www.bbbank.de/gdp



¹ Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezüge-
eingang, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-
Überweisungen, girocard 11,95 Euro p. a./BBBank Junges Girokonto mit Gehalts-/Bezüge-
eingang; bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen
ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Konto-
führungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Genossenschafts-
anteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Ausgabe einer Kreditkarte.

Folgen Sie uns



Das DP-Gespräch mit Eckhard Christian Metz führte Michael Zielasko.



Foto: picture alliance/dpa | Paul Zinken

Eine Demonstrantin der Gruppe „Letzte Generation“ sitzt, umringt von Polizeibeamten, auf der Ausfahrt der Stadtautobahn in Berlin.

► „Nicht erst seit den Protesten von Klimaaktivisten wissen wir, dass bestimmte, vorbesprochene Aktionen während einer Versammlung gezielt für die Verwendung in den sozialen Medien aufgeführt werden. Der ungefähre Zeitpunkt fällt uns spätestens dann auf, wenn sich Pressevertreter, teils auch vermeintliche Pressevertreter, an einem bestimmten Punkt einer Demo sammeln, der zuvor keinerlei bemerkenswerte Erkenntnisse oder Hinweise für eine Lagenentwicklung geliefert hatte. Es wirkt choreografiert und einstudiert. Unter dem Strich wird der polizeiliche Einsatz Teil der Social-Media-Strategie einer zum Beispiel Aktivistengruppe. Dieser Form der Instrumentalisierung kannst du im Einsatz kaum entgehen. In Lützerath war dies gut zu beobachten. Dort versuchte ein kleiner Teil der Demonstrierenden mit Aktionen, die Polizei zu Handlungen zu provozieren. Ein viel größerer Teil der Versammlungsteilnehmer blieb friedlich. Welche Bilder dann auf den Plattformen zu sehen waren, dürfte jedoch klar sein. Du selbst entwickelst schnell ein Gefühl dafür, ob da ein gruppendynami-

scher Prozess abläuft oder gewalttätige Aktionen geplant und gezielt begangen werden.“

► „Wir stellen fest, dass sich gewaltbereite Gruppen damit auseinandersetzen, wie sie die große, friedliche Gruppe an Demonstrierenden für ihre Zwecke nutzen können. Das gilt auch für die mediale Begleitung inszenierter vermeintlicher Polizeigewalt. Das läuft dann zum Beispiel so ab: Eine Gruppe stürmt auf die Polizeikette zu, stoppt jedoch kurz vorher ab. Was bleibt dir in diesem Moment anderes übrig, als an deinen polizeilichen Auftrag „Abspernung“ zu denken und gleichzeitig auf die Eigensicherung zu achten. Das führt dann zu den gewünschten martialisch aussehenden Bildern. Mittlerweile wird vor diesem Hintergrund auch häufiger mit Livestreams gearbeitet, um zu zeigen, „schaut her, das ist die ungeschnittene Wahrheit“.“

Eckhard Christian Metz ist der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei.

Foto: Bensmail/GdP

► „Aus Sicht der Aktivisten ist es doch verständlich, dass eine Straßenklebe-Aktion sehr viel besser vermarktet werden kann, wenn die sogenannte Staatsgewalt daran beteiligt ist. Deswegen werden Klebereien ja teils Tage zuvor angekündigt. Was hast Du als Aktivist davon, wenn du allein auf der Straße sitzt und die Kollegen dich abgelöst haben, ohne dass es medial begleitet werden konnte. Da ist vieles gut vorbereitet und einkalkuliert. Übrigens auch der Anspruch der Klebenden während der Ausübung ihrer gewählten Protestform geschützt zu werden, zum Beispiel vor wütenden Autofahrern.“



► „Aber sind solche Aktionen geeignet, die große Masse zu einer politischen Einflussnahme zu bewegen? Daran zweifle ich, und daran zweifeln auch die Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort die Lage im wahrsten Sinne lösen müssen. Wir kriegen mit, dass derlei Aktionsformen auf wenig Gegenliebe stoßen. Als Betroffener im Stau stehend wirst du ja nicht beteiligt. Du wirst schlicht in die Situation gedrückt. Fast zwangsläufig werden wir angefordert, die Aktivisten da schnell wegzunehmen, wegzureißen oder wegzuprügeln. Man müsse dringend zur Arbeit, das Kind ins Krankenhaus und überhaupt würde ja sowieso kein Rettungswagen durchkommen. Dass wir das nicht machen, ist ja klar, aber auch da musst du kommunizieren und erklären. Wir hören nicht selten, wenn ihr das nicht macht, dann machen wir es eben selbst. An der Stelle musst du dann wiederum die Unversehrtheit der Demonst-

rierenden im Auge haben. Du spürst es klar und deutlich, dass es innerhalb der Gesellschaft mächtig knirscht.“

► „Und wir sind in der Sandwich-Position, wie oft und ganz klassisch bei Rechts-Links-Demonstrationen. Man ist in Ruf- und Hörweite, lärmende Trillerpfeifen um einen rum. Man steht dazwischen. Diese Seite des Berufes eines Bereitschaftspolizisten ist sicherlich eine der unangenehmeren.“

► „Angesichts weiterer Ankündigungen neuer und bundesweiter Aktionen werden im Bereich der Bereitschaftspolizeien enorme Ressourcen gebunden. Die Kolleginnen und Kollegen werden reichlich Dienst schieben

müssen und Stunden sammeln. Und ja, an einigen Stellen, in einigen Einsätzen werden diese Kräfte fehlen. Die dort angesammelte Mehrarbeit wäre anderenorts bei Einsätzen, in welchen meine Kolleginnen und Kollegen teils in einer gefährlichen Kräfteunterdeckung arbeiten müssen, besser aufgehoben.

DP: Danke für Deine Einschätzungen, Kollege Metz.

ANZEIGE

Ihre Sparerlaubnis, bitte!

Megatarif zum Minipreis: Mit dem Business Mobil Special L telefonieren, surfen, chatten und sharen Sie **im ausgezeichneten 5G-Netz**.



Erleben, was verbindet.



Interessiert? Wir sind für Sie da.

Ihre Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 3300 34531
 Senden Sie eine E-Mail an: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
 Zum Onlineshop: public.telekom.de/angebote-mobilfunk
 Deutschlandweit in allen Telekom Shops: telekom.de/terminvereinbarung
 Nennen Sie bei allen Kontakten Ihre Vorteilsnummer: **MA053**



Onlineshop

Business Mobil Special

L

6 GB + 4 GB mtl.*

- Highspeed-Volumen mtl., LTE und 5G¹
- Telefonie- und SMS-Flat in alle dt. Netze
- EU-Roaming inkl. Schweiz und Großbritannien
- HotSpot Flat

ohne Smartphone

nur **19,95 €** mtl.²

mit Smartphone

nur **29,95 €** mtl.²

Passende Endgeräte online

BEREITSTELLUNGSPREIS

einmalig statt **29,95 €** nur 0 €

*Die Option DataPlus 4 GB kann bis zum 31.03.2023 kostenlos dazugebucht werden!

Die dargestellten Preise enthalten 19% MwSt. Der Flyer ist gültig bis 31.03.2023. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Der Business Mobil Special L Tarif kann nur im Neuvertrag oder bei Tarifwechsel aus einem bestehenden Telekom Business Flex Tarif abgeschlossen werden. ¹ Zur Nutzung des 5G-Netzes ist die kostenfreie 5G-Option erforderlich. 5G ist deutschlandweit bereits an vielen Standorten verfügbar. Infos unter telekom.de/netzausbau. Eine Zubuchung von Zusatzkarten, Telekom Business Cards ist im Tarif Business Mobil Special L nicht möglich. Der MagentaEINS Business Vorteil wird im Tarif Business Mobil Special L nicht gewährt. ² Monatlicher Grundpreis 19,95 € (ohne Smartphone) und 29,95 € (mit Smartphone). Mindestlaufzeit 24 Monate. Bei einer Vertragsverlängerung mit einem Tarifwechsel in den Tarif Business Mobil Special L kann die Option DataPlus 4 GB bis 31.03.2023 kostenlos dazugebucht werden und gilt über die Dauer der Mindestvertragslaufzeit. Übertragungsgeschwindigkeit mit LTE 50: 50 MBit/s (Download), max. 10 MBit/s (Upload). Ab einem Datenvolumen von 10 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Im monatlichen Grundpreis sind eine Telefon- und eine SMS-Flatrate in alle dt. Netze enthalten. Zudem beinhaltet der Tarif Roaming in der EU inkl. Schweiz und Großbritannien mit der Option Standard-Roaming. In der EU ist Roaming für vorübergehende Reisen mit angemessener Nutzung enthalten. In der Schweiz und in Großbritannien darf die Nutzung eine angemessene Nutzung (1.000 Minuten und 1.000 SMS pro Monat sowie ein monatliches Datenvolumen in Höhe des jeweiligen Inlandsvolumens vor Bandbreitenbeschränkung) nicht überschreiten. Infos unter: <https://geschaeftskunden.telekom.de/mobilfunk/tarife/zubuchoptionen/telefonieren-surfen-im-ausland/standard-roaming>. Die HotSpot Flatrate gilt für die Nutzung an inländischen HotSpots der Telekom Deutschland GmbH. Der Bereitstellungspreis von 29,95 € entfällt für den Business Mobil Special L Tarif. Ein Angebot von Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

In Kooperation mit



Vor Ort



Der stellvertretende GdP-Bundevorsitzende Sven Hüber im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages.

EXPERTENANHÖRUNG ZU „KLIMAKLEBERN“ IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Harmonisierte Polizeigesetze statt höherer Strafen

In einer Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages kommentierten und bewerteten Expertinnen und Experten Mitte Januar in Berlin einen Antrag der Unionsfraktion auf Verschärfungen der Strafen für „Straßenblockierer und Museumsrandalierer“. Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) positionierte sich GdP-Bundevize Sven Hüber gegenüber den Abgeordneten – ablehnend, jedoch mit weiteren Vorschlägen.

Michael Zielasko

Sich auf Straßen und Landebahnen klebende oder mit Kartoffelbrei auf Kunstwerke werfende Demonstrierende haben eine monatelange Debatte über das Umgehen mit derlei Aktionen organisierter Klimaaktivisten entfacht, darunter auch über die Dauer des sogenannten Vorbeugegewahrsams. Fahrt aufgenommen hatte die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem nach dem Unfalltod einer Radfahrerin in der Hauptstadt. Erhitzt diskutiert wurde, ob eine Straßenblockade der Gruppe „Letzte Generation“ einen sogenannten Rüstwagen der Berliner Feuerwehr bei der zeitnahen Anfahrt zu diesem schweren Verkehrsunfall fatal ausgebremst hatte.

Die gemeinsame Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat angesichts dessen Strafverschärfungen für „Straßenblockierer und Museumsrandalierer“ auf das gesetzgeberische Tapet gebracht. So sollen beispielsweise der Straftatbestand des besonders schweren Falls der Nötigung (Paragraf 240 Absatz 4 des Strafgesetzbuches (StGB)) um weitere Regelbeispiele ergänzt sowie bei Vorliegen des Straftatbestandes des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr (Paragraf 315b StGB) der Strafraumen auf eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren angehoben werden. Damit wolle man die „besondere Gefährlichkeit der Straßenblockaden angemessen ahnden“. Der Tatbestand solle so ausge-

staltet werden, „dass die Täter bereits dann bestraft werden, wenn die Blockade dazu geeignet ist, Leib und Leben eines Menschen zu gefährden, und die Täter nur billigend in Kauf nehmen, dass Rettungsdienste nicht zu Unfallopfern durchkommen“.

Die Union will ebenso das Strafmaß für die Behinderung von hilfeleistenden Personen (Paragraf 323c Absatz 2 StGB) auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe erhöhen, „um die Behinderung von Rettungskräften als besonders verwerfliches Tun schwerer zu bestrafen“. Weiterhin werden Vorschläge zu einem besseren Schutz von Kulturgütern gemacht.

Der stellvertretende GdP-Bundevorsitzende Sven Hüber erteilte dem Ansinnen der Oppositionsfraktion in seinem Expertenstatement vor dem Rechtsausschuss im Berliner Paul-Löbe-Haus eine klare Absage.

Praxistauglicher Polizeistandard benötigt

Der Strafraumen sei ausreichend, und die Justiz habe stets die Möglichkeit, diesen konsequent auszuschöpfen, sagte der GdP-Vize. Notwendig sei es dagegen, die bundesweiten Polizeigesetze vor dem Hintergrund der Demoentwicklung um Gruppen wie die „Letzte Generation“ zu harmonisieren. Das habe die Debatte um die teils gravierenden Unterschiede der Dauer des „Vorbeugegewahrsams“ in den Landespolizeigesetzen verdeutlicht.

Zu begrüßen sei es, dass die Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) Ende des letzten Jahres beschlossen haben, Daten zu den Aktionen der Klimaaktivisten in ein Lagebild zusammenzuführen. Damit werde ein praxistauglicher Polizeistandard im Umgang mit „Klimaklebern“ geschaffen. Nach der Auswertung der Daten des Lagebildes könnten gewaltbereite Klimaaktivisten in einer zu schaffenden polizeilichen Datenbank erfasst werden, um beispielsweise präventive Maßnahmen oder Gefährderansprachen durchführen zu können.

Schadenersatzansprüche

Der Staat muss Hüber zufolge prüfen, ob bei Eingriffen in den Bahn-, Luft- und Seeverkehr Schadensansprüche Betroffener übernommen und analog dem Schmerzensgeld bei

Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten durch den Staat eingetrieben werden können.

Hüber stellte klar: „Klimaaktivisten sind keine Klimaterroristen. Das Anliegen dieser Gruppen sei nachvollziehbar und aus vielerlei Blickwinkeln richtig. Deren Methoden müssen sich jedoch dem Artikel 8 des Grundgesetzes, den Versammlungsgesetzen und somit unseren demokratischen Gepflogenheiten und Grundsätzen unterordnen.“ Selbst auf ein von vielen Menschen getragenes Ziel müsse mit ausschließlich friedlichen Mitteln aufmerksam gemacht werden, vor allem jedoch, ohne Unbeteiligte oder Einsatzkräfte zu gefährden, unterstrich der Gewerkschafter gegenüber den Abgeordneten.

Hüber wies darauf hin, dass die Aktivistengruppen weiterhin beobachtet werden müssten. Es sei nicht auszuschließen, dass sich vom friedlichen Kern der Gruppen radikale Splitter ablösen oder gewaltbereite Personen versuchten, deren Strukturen zu unterwandern.

Der Gewerkschafter plädierte dafür, unverhältnismäßige, untaugliche oder nicht notwendige Gesetzesänderungen zu verhindern. Im Gegensatz zur grundsätzlichen Haltung des Antrags erkenne die GdP keine wesentliche Gesetzeslücke und warnte eindringlich vor einer möglichen Beschneidung verfassungsrechtlich verbriefter Grundrechte.

Legitimen Protest in Extremismus umgemünzt

Mit seiner klar formulierten Skepsis stand Hüber im Expertenreigen bei weitem nicht allein. Prof. Dr. Clemens Arzt vom Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) betonte die Nichterkennbarkeit, weshalb es mit Blick auf Klimaaktivistinnen und -aktivisten einer Strafrechtsverschärfung bedürfe. Bei Vorliegen entsprechender Tatbestandsvoraussetzungen könnten Straßenblockaden nach dem Versammlungsrecht verfassungsrechtlich zulässig beschränkt werden. Das Gewähren der Grundrechte sei stets und strikt zu beachten, unterstrich der Rechtswissenschaftler. Dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit komme zudem hohes Gewicht zu. Der Antragstext, kritisierte er harsch, verkenne Kernelemente des Rechts auf Protest. Er erkenne den Versuch, „Protest durch seine Einordnung in Extremismus aus dem Schutzbereich des Artikel 8 zu verdrängen“.

Stefan Conen vom Deutscher Anwaltverein warnte vor „hektischer Gesetzgebung“. Dem Antrag haften ein auf eine bestimmte politische Bewegung abzielender Ruf nach

Strafverschärfung an. Weitere Experten schlossen sich diesen Ausführungen an.

Für gar systemwidrig hält die Leipziger Strafrechtlerin Prof. Dr. Katrin Höffler den Unionsantrag. Kriminalpolitik müsse nicht nur vor dem Hintergrund, dass „das Strafrecht das schärfste Schwert des Staates ist, sondern auch mit Blick darauf, dass Strafen teuer ist“ evidenzbasiert und rational erfolgen, argumentierte sie. Die Idee, öffentliche Rufe mit dem Schaffen neuer, härterer Strafen zeitnah zu erhören, sollte dringend widerstanden werden.

Nach Ansicht von Prof. Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a. D., schießt der Antrag am Ziel vorbei. Fischer destillierte aus dem Antrag eine anlassbezogene Maßnahmen-Gesetzgebung. Diese sollte jedoch „gerade im Strafrecht vermieden“ werden. Wie andere zuvor war er der Meinung, dass das geltende Recht sowie die Rechtspraxis „in jeder Hinsicht ausreichende Mittel“ vorhielten, um entsprechend rechtswidriges Demonstrationsgeschehen „sachgerecht“ zu ahnden.

Den Antrag der Unionsbundestagsfraktion unterstützten dagegen Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft und des WEISSEN RINGS. ■

ANZEIGE



DEIN SCHRANK. DEIN SPECIAL.

Möbel nach Maß individuell nach den eigenen Wünschen planen. Auf Wunsch auch mit Beratung, telefonisch oder vor Ort. Das Beste: Für GdP-Plus Partner gibt es einen zusätzlichen, exklusiven Rabatt.

- SCHREINERQUALITÄT
- 5 JAHRE GARANTIE
- MADE IN GERMANY



Vor Ort



Gespräch im Berliner Bundeshaus: (v.l.) GdP-Bundeskassierer und Bepo-Experte Clemens Murr, Andreas Backhoff, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, und der stellvertretende GdP-Bundevorsitzende Alexander Poitz.

BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Investitionen erforderlich

Zu einem fachlichen Austausch über die aktuelle Lage der Bereitschaftspolizeien in Bund und Ländern traf sich Anfang Februar eine Delegation des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes mit dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IBPdL), Andreas Backhoff in Berlin.

Michael Zielasko

Inspekteur Backhoff skizzierte die Herausforderungen für die Bereitschaftspolizeien der nahen Zukunft. Darunter fielen Themen wie emissionsfreie Antriebe, Ausstattungs- und Personalfragen sowie die Krisenresilienz der Polizeien generell. Auf den nach Bewertung der GdP bestehenden

Investitionsstau in Höhe von etwa 200 Millionen Euro angesprochen bestätigte er, dass auch in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen erforderlich seien. Damit werde auch weiterhin die hohe Professionalität der in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands bedeutsamen Bereitschaftspolizeien

der Länder sichergestellt. Nach seiner Auffassung können das Bund und Länder nur gemeinsam schultern.



Das Thema Klimaproteste wird auch die Bereitschaftspolizeien der Länder weiterhin beschäftigen. Die im Braunkohletagebau unwegsamen Geländesituationen sind taktisch und technisch eine große Herausforderung und zudem für alle Beteiligten äußerst gefährlich. Niemand kann etwas dagegen haben, wenn sich Menschen für Klimaziele engagieren. Aber für gewalttätige Aktionen Einzelner, auch gegenüber den eingesetzten Polizistinnen und Polizisten, ist dies keine Rechtfertigung.

IBPdL Andreas Backhoff

Bundeskassierer Clemens Murr erläuterte weiterhin aktuelle Forderungen des von ihm verantworteten GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, darunter massive Investitionen in die Geschlossenen Einheiten, eine Rückbesinnung auf eine autarke polizeiliche Infrastruktur sowie Erhöhungen des beim IBPdL verwalteten Mittelansatzes des Bundes. Schon vor dem Hintergrund der bereits eingetretenen und zu erwartenden Teuerungsraten sei dies alternativlos, um erforderliche Beschaffungen sicherzustellen.

Die zweifellose Zunahme der Belastungen für die Bereitschafts- und Schutzpolizei mit Blick auf Klimaprotestaktionen stelle auch die Kriminalpolizei vor Herausforderungen, erklärte der für den Kripo-Bereich zuständige stellvertretende GdP-Bundevorsitzende Alexander Poitz. Der GdP-Bundesfachausschuss Kriminalpolizei habe feststellen müssen, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Kripo zunehmend in den Bereichen Anzeigenaufnahme, der Ermittlungsarbeit zu resultierenden Strafverfahren, der Kriminaltechnik und der Kriminalitätsbekämpfung im virtuellen Raum eine spürbar höhere Belastung erfahren. ■

Im Gespräch



Foto: Biesterfeldt

Der Vorstand des BFA Digitalisierung, (v.l.n.r): Christian Ehringfeld (Vorsitzender), Sylke Brandt-Strechan (Schriftführung), Stephan Vogt (Stellvertretender Vorsitzender) und Alexander Poitz (stellvertretender Bundesvorsitzender)

BUNDESFACHAUSSCHUSS DIGITALISIERUNG

Mission Mammutaufgabe

Digitalisierung „soll in der Zukunft ein Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit sein“. Gesagt, getan: Der 27. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat Mitte September 2022 die „Kommission IT“ zu einem satzungsrechtlich verankerten Gremium ausgebaut. Der Bundesfachausschuss (BFA) Digitalisierung war geboren. Christian Ehringfeld, stellvertretender Bundesjugendvorsitzender, ist seit Januar 2023 der Vorsitzende des neuen BFA. Mit der DP sprach er über die Mischung aus Jugend und Erfahrung, Digitalisierung als Arbeitserleichterung und was Handschuhe damit zu tun haben.

Jana Biesterfeldt

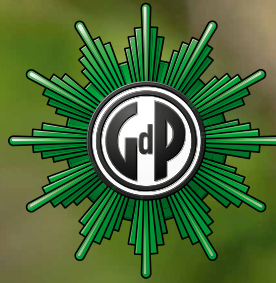
DP: Lieber Christian, erstmal herzlichen Glückwunsch zur Ernennung als Vorsitzender. Du bist damit der erste aus der JUNGE GRUPPE (GdP), der zum Vorsitzenden eines Bundesfachausschusses gewählt wurde. Stimmt das?

Christian Ehringfeld: Ja, genau. Die JG hat seit dem vorletzten Bundeskongress die Möglichkeit, an den BFAs teilzuhaben.

DP: Hat diese Ernennung eine besondere Bedeutung für Dich und die JUNGE GRUPPE (GdP)?

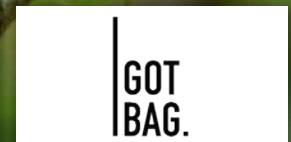
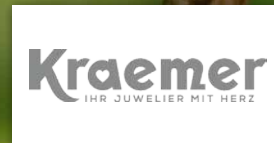
Ehringfeld: Es zeigt auf jeden Fall, dass die Jugend ein aktiver Teil der GdP ist, nicht daneben steht und nur zuschaut. Unser Wunsch und Wille ist das Gehörtwerden, die Perspektive von jungen Menschen einzubringen und dann auch aktiv mitzugestalten. Zurzeit sind in den BFAs mehr lebensältere Kolleginnen und Kollegen vertreten, eine Mischung mit jungen Leuten ist daher ideal für die Zusammenarbeit.

DP: Anfang Januar 2023 war Eure erste Sitzung. Was sind nun Eure Aufgaben und Ziele?



GdP-Plus
Partner

Viasto Opatovskiy/stock.adobe.com



Wunschkonzert!

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie.



Nutze den Easy-Login!

www.gdp.de > Dein GdP-Plus

Euer Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen.

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an. Wir helfen Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de Telefon 0211 7104-0

Ehringfeld: Dadurch, dass wir schon den Vorläufer der Kommission IT hatten, war ein Grundstein bereits gelegt. In der ersten Sitzung haben wir uns erstmal gefunden. Viele neue Leute sind dabei, aber auch bewährte und erfahrene Personen. Hauptsächlich haben wir uns mit dem Programm „Polizei 20/20“ (P20) auseinandergesetzt und den aktuellen Stand betrachtet. Das ist eine Mammutaufgabe für die Polizei, sich endlich mal zu digitalisieren. Darum wird es jetzt vor allen Dingen erst einmal darum gehen, die Vielfalt an Themen im Bereich der Digitalisierung zu ordnen und für die weitere Bearbeitung zu priorisieren. Unser Fokus wird auf dem Programm P20 liegen, Themen wie Gesichtserkennung bei Videoüberwachung oder KI (Künstliche Intelligenz) in der Polizei lassen wir aber nicht außer Acht. Hinter allen Überlegungen steht stets die Leitfrage: Was können digitale Polizeibeamte und was bedeutet das für uns?

DP: Wie optimistisch bist du mit Blick auf die Praxis? Wann werden diese theoretischen Überlegungen bei den Polizeibeschäftigten praktisch ankommen?

Ehringfeld: Zum Programm P20 muss man im Moment und in der Rückschau sagen, dass es noch nicht ganz rund läuft und wir als BFA Digitalisierung zu wenig Fortschritte beobachten. Da müssen noch einige PS auf die Straße gebracht werden.

DP: Das Positionspapier „Digitalisierung“ ist ein Jahr alt. Was hat sich seitdem getan?

Ehringfeld: Das Positionspapier wird uns noch begleiten, und wir evaluieren Änderungsbedarfe. Das haben wir uns für die nächste BFA-Sitzung vorgenommen. Mit dem Papier haben wir eine Grundlage geschaffen, anhand dessen wir nach einem Jahr grundsätzlich bewerten wollen, ob etwas bei der Digitalisierung erfolgreich ist,

und, und das ist die entscheidendste Frage: Bringt es den Kolleginnen und Kollegen im Dienst etwas?

DP: Da kommt ja die Frage nach einer tatsächlichen Arbeitserleichterung für Polizistinnen und Polizisten auf und wie diese am Ende die digitalen Produkte annehmen.

Ehringfeld: Richtig. Am Ende ist es wichtig, wie bei der Softwareentwicklung die Nutzenden mitgenommen werden. Wenn man einfach nur das Endprodukt den Leuten vor die Nase setzt und sagt, los geht es, dann verliert man diese Menschen, egal welchen Alters oder Dienstgrad. Es gibt jedoch genügend Methoden, um diese neuen Arbeitsmittel den Kolleginnen und Kollegen „schmackhaft“ zu machen, gerade wenn es Arbeitserleichterung bietet. Aber die muss es dann halt auch geben.

DP: Das Bewusstsein, dass digitale Produkte für die Polizeiarbeit nur funktionieren, wenn der Polizeibeschäftigte, der am Ende damit arbeiten muss, mitgenommen wird, ist also da?

Ehringfeld: Ja, das ist sehr wichtig. Bei der Erstellung der Produkte müssen auch die Gegebenheiten im Einsatz beachtet werden, die die Arbeit der Person beeinflussen. Es wäre schlecht, wenn sich dann am Ende herausstellt, dass ein Programm in der Praxis nicht funktioniert. Zum Beispiel, wenn vergessen wird, dass Polizistinnen und Polizisten auf der Straße Handschuhe tragen und damit Sachverhalte in mobile Endgeräte eingeben müssen, diese aber von der Nutzeroberfläche mit der behandschuhten Hand nicht erfasst werden. Das muss bei der Entwicklung im Voraus mitgedacht werden.

DP: Mit Gegebenheiten vor Ort kann dann auch eine schlechte Internetverbindung auf dem Land gemeint sein, die unter anderem die Nutzung bestimmter

Software einschränken könnten?









Ehringfeld: Das ist ein Problem, das wir bereits in der Kommission IT thematisiert haben. Viele geplante Konzepte sind zurzeit weniger darauf ausgerichtet, dass sie auch offline-fähig bedienbar sein müssen. Möglicherweise hoffen die Verantwortlichen in der Politik darauf, dass bis zur Umsetzung digitaler Produkte für die Polizei in jeden Winkel von Deutschland fähiges Internet vorhanden sein wird. Bis zur Umsetzung von P20 sind es ja, laut Zeitplan, noch mindestens fünf Jahre. Vielleicht sind wir ja bis dahin so weit. Aber auch mit Blick auf die Flut im Ahrtal 2021: Auch in solchen Katastrophen – ohne Strom und Internet – muss die Polizei arbeitsfähig sein.

DP: Da sind also noch viele Fragen offen. Was habt ihr Euch für die nächsten Sitzungen vorgenommen?

Ehringfeld: Da wird durch uns eine Priorisierung der Themen stattfinden. Ich freue mich auf meine neue Aufgabe. Dem Bereich Digitalisierung in der GdP wollen wir Leben einhauchen. Das Thema wird kein Ende nehmen, auch nach dem Abschluss von P20 nicht. P20 ist zwar das größte Transformations- und Digitalisierungsvorhaben in der Polizei, jedoch nicht das einzige. Digitalisierung ist ein Prozess mit keinem festen Ende und betrifft jede Kollegin und jeden Kollegen bis zum Ende der Dienstzeit. Neue Kriminalitätsfelder werden aufkommen, aber auch neue Arbeitsmethoden, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Besonders im Bereich KI gibt es viele Potenziale für die Polizeiarbeit, jedoch auch Risiken. In der Polizei werden wir da aber auch nicht den Menschen ersetzen, das wäre eine Illusion.

DP: Lieber Christian, vielen Dank für Deine Zeit.

ANZEIGE

 <p>VerlagDeutschePolizeiliteratur</p>  <p>polizeideinpartner</p>	 <p>Facebook</p>  <p>Instagram</p>	<p>Folgen Sie uns!</p> <p>Informieren Sie sich über aktuelle Präventions-Themen!</p>	 <p>VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH</p>  <p>VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung</p>	 <p>YouTube</p>  <p>LinkedIn</p>
---	--	---	--	--

Innenleben



Klare Ansage der Demonstrierenden in Potsdam.

START DER TARIFFRUNDE

Überrascht über ausgebliebenes Angebot

Ende Januar in Potsdam: Nach der ersten Runde der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes (öD) von Bund und Kommunen zeigte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) über das ausbleibende Angebot der Arbeitgeberseite überrascht. „Das Gejammere über schwierige Kassenlagen der Arbeitgeber geben wir postwendend zurück. Knappe Kassen sind für unsere Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst trauriger Alltag. Damit muss jetzt Schluss sein“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Tarifexperte René Klemmer.

Danica Bensmail



„In Krisen muss man sich nicht mit langwierigen Verhandlungen beschäftigen“, rief der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke den Demonstrierenden am Verhandlungsort in Potsdam zu.



Stellvertretender Bundesvorsitzender und GdP-Tarifexperte, René Klemmer.

Die Blaulichtfamilie leiste trotz immenser persönlicher Belastung erstklassige Arbeit für die Sicherheit der Gesellschaft 24/7, betonte der Gewerkschafter. „Von der oft zitierten Zeitenwende der Bundesregierung spüren wir herzlich wenig. In Krisen muss man sich nicht mit langwierigen Verhandlungen beschäftigen, weil allen klar ist: Wir brauchen einen Inflationsausgleich“, sagte der Tarifexperte.

Für die zweite Verhandlungsrunde Ende Februar (nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe) hat die Gewerkschaft der Polizei ernsthafte Gespräche erwartet. „Noch mehr verschwendete Zeit hilft niemandem. Während die Beschäftigten bei Minusgraden draußen ausharren, sitzen die Arbeitgeber im Warmen, drehen Däumchen und treten auf der Stelle“, sagte Klemmer.

Er wünsche sich „weniger Worte und mehr Wumms“ von der Arbeitgeberseite. Außergewöhnliche Zeiten erforderten außergewöhnliche Maßnahmen. An die Arbeitgeberseite gerichtet, sagte Klemmer: „Unsere Kolleginnen und Kollegen werden ausgepresst wie Zitronen. Das schmerzt!“ ■

Innenleben

DIE ZUKUNFTSWERKSTATT DER GdP BERLIN

Der erste Meilenstein ist erreicht!

DP-Autor Stephen Köppe hält die Zukunftswerkstatt der Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP) für ein Erfolgsmodell. Was das Projekt auszeichnet und warum es auch Relevanz über die Grenzen der Hauptstadt hinaus haben könnte, erklärt er in diesem Beitrag.

Stephen Köppe

Um es mit dem irischen Schriftsteller Oscar Wilde zu sagen: „Wir haben die Möglichkeit erkannt und sie beim Schopfe gepackt!“ In den vergangenen ein- einhalb Jahren ist aus unserem Kreis heraus eine Idee gewachsen, die wir nun in die Tat umgesetzt haben. Wir haben uns nach wissenschaftlichen Standards mit aktuellen, aber auch künftigen Herausforderungen beschäftigt und Ideen entwickelt. Unsere GdP-Zukunftswerkstatt ist schon jetzt ein Erfolgsmodell und unsere künftige Plattform hin zur Entwicklung einer GdP Berlin als lernende, zukunftsfähige Interessensvertretung für alle Gruppen.

Das Projekt

Ein umfassender und tiefgreifender Wandel in der Personalstruktur der Behörden aufgrund hoher Pensionierungswellen hat begonnen – und wird fortschreiten. Gleichzeitig tritt eine deutliche Verjüngung in der Kollegenschaft ein. Parallel hierzu finden tiefgreifende Transformationsprozesse in den einzelnen Behörden statt. Die Stichworte lauten: Digitalisierung, Demografie und Wertewandel, Individualisierung und wachsende Komplexität in der Arbeitswelt. In dieser Dynamik der Veränderungen ist es notwendig, die eigene strategische Ausrichtung, Strukturen und Prozesse fortlaufend zu hinterfragen. Dies betrifft die Behörden genauso wie die Gewerkschaften.

Impulse gewinnbringend nutzen

Die Gewerkschaft der Polizei in Berlin hat sich mit dem Projekt „Zukunftswerkstatt GdP“ auf die Fahne geschrieben, die Mitglieder aus allen Behörden Berlins in diesen Veränderungsprozessen zu begleiten und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Es geht darum, zuzuhören, aktuelle sowie künftige Themen herauszuarbeiten, Impulse aufzunehmen und für die eigene Gewerkschaftsarbeit gewinnbringend zu nutzen. Es geht um eine zukunftsfähige Gewerkschaft als lernende Organisation und ständiger Impulsgeber für die gewerkschaftlichen Zukunftsthemen nach innen und außen.

Projektziele

- Entwicklung der GdP Berlin zu einer lernenden Organisation im Kontext der Generationen
- Themenfelder der jeweiligen Interessengruppen erkennen und unter wissenschaftlichen Standards herausarbeiten
- Die Mitgliederbindung stärken sowie gleichzeitig die Attraktivität unserer GdP durch zeitgemäße und zukunftsorientiertere Gewerkschaftsarbeit steigern

Unsere Workshops als wissenschaftliche Grundlage

Am 5. Oktober 2021 trafen sich rund 30 Mitglieder der GdP Berlin im Rahmen des Workshops „Gelungene Zusammenarbeit zwischen den Generationen“. Dabei wurden erste Ergebnisse und Weichenstellungen für die folgenden Workshops und die methodische Vorgehensweise des Projektes herausgearbeitet. Im Herbst 2022 fanden weitere Workshops statt, die durch unseren Partner Stefan Kroll aus der Bezirksdirektion der Signal Iduna gesponsert wurden.

Parallel wurden zwei Bachelorarbeiten an der FH Potsdam sowie an der HWR Berlin mit Studien zur JUNGEN GRUPPE (GdP) sowie zur Seniorengruppe an den Start gebracht, deren Ergebnisse im Frühjahr/Sommer 2023 erwartet werden.

Die Ergebnisse

↘ ↙ Nach innen (in Richtung GdP Berlin)

- Wunsch nach mehr Sichtbarkeit, Präsenz und Transparenz des GdP-Vorstandes
- Vertrauensleuteoffensive initiieren
- Präsenz und Ansprechbarkeit in den Dienststellen erhöhen
- Öffentlichkeitsarbeit intern/extern zeitgemäßer gestalten
- Kommunikationsstrategie intern entwickeln
- Bildungsprogramm (AG Bildung) deutlich erweitern – Zukunftswerkstatt etablieren
- Innovativere Mitgliederwerbung entwickeln
- Mehr Werbung für die Übernahme von Funktionen/Aufgaben
- Tarifbeschäftigte mehr einbinden

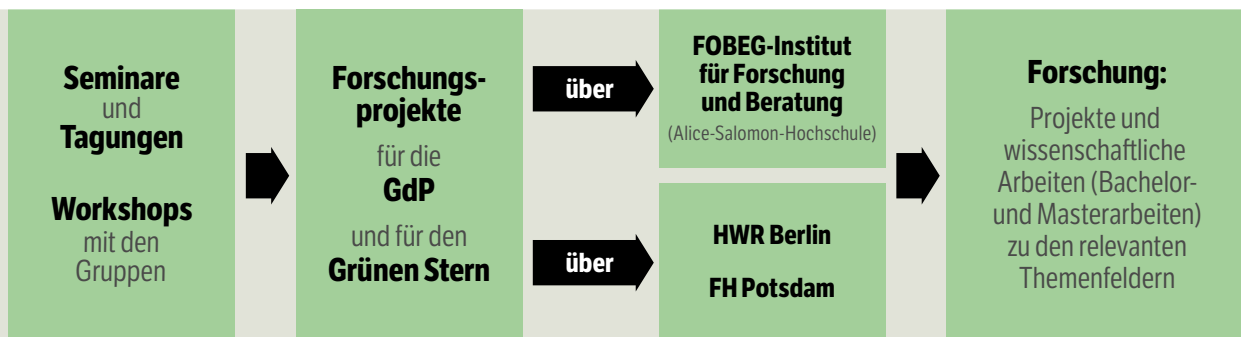
↖ ↗ Nach außen (in Richtung Politik)

- Themenfelder der Tarifbeschäftigten deutlicher vertreten
- Für eine gute Führungskultur in den Organisationen sorgen
- Gesundheitsthemen am Arbeitsplatz mehr thematisieren

Projektleitung
Stephen Köppe
 Wissenschaftliche Leitung
Prof. Dr. Birgit Wiese
 Coach
Hedy Gerstung

Zukunftswerkstatt GdP

Die Säulen des Projektes



- **Personal- und Ausstattungsmangel thematisieren**
- **Entgeltgerechtigkeit Beamte/Tarifbeschäftigte**
- **Zeitgemäßes und flexibles Laufbahnrecht für Tarifbeschäftigte und Beamte entwickeln**
- **Personalmangel in der Verwaltung durch neue Konzepte entgegenreten**

Kommunikation updaten

Über alle Interessengruppen hinaus wurde deutlich, dass der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit, Präsenz und Transparenz des GdP-Vorstandes vorhanden ist. Die persönliche Nähe steht hier im Vordergrund und wird von allen als sehr wichtig erachtet. In diesem Zusammenhang ist gewünscht, die eigene Öffentlichkeitsarbeit zeitgemäßer zu gestalten und die interne Kommunikationsstrategie weiterentwickeln, um die Sichtbarkeit der Themen sowie der handelnden Akteure in der GdP Berlin zu verbessern. Auch die Mitglieder der Berliner Feuerwehr

sowie der Bürger- und Ordnungsdienste wünschen sich in ihren Behörden mehr sichtbaren GdP-Themenbezug. Innerhalb der JUNGEN GRUPPE (GdP) wurde beispielsweise die Frage aufgeworfen, wie cool unsere GdP wirklich ist. Hier sind andere Formate in der Öffentlichkeitsarbeit gewünscht. Diese Sichtweise teilen im Kern alle Interessengruppen. Vertrauensleute zu gewinnen, sichtbar zu machen, aber auch zu wertschätzen, wird als Grundlage der künftigen Gewerkschaftsarbeit gesehen. Die enorme Bedeutung der Informationsbretter wurde hier durch alle Gruppen hindurch noch einmal sichtbar. Die Ansprechpartner vor Ort vermitteln eine konkrete persönliche Bindung zur GdP und bleiben die Säulen unserer GdP.

Social-Media-Formate ergänzen die gewerkschaftliche Arbeit an der Basis, ersetzen die persönliche Nähe zu den Mitgliedern aber nicht. Alle Interessengruppen wünschen sich künftig mehr gemeinsamen, konstruktiven Austausch zu Fachthemen über die AG Bildung. Hier ist ein deutlich größeres Angebot, speziell zugeschnitten auf die jeweiligen Interessengruppen, gewünscht. Ein generationsübergreifender Austausch zwischen der JUNGE GRUPPE

(GdP) und der Landesseniorengruppe stößt beidseitig auf großes Interesse.



Vertrauensleute zu gewinnen, sichtbar zu machen, aber auch zu wertschätzen, wird als Grundlage der künftigen Gewerkschaftsarbeit gesehen.

Nah an den Mitgliedern

Bei der Frage der Mitgliederwerbung sollte künftig zielgruppenorientierter vorgegangen werden. Werbeaktionen für junge Mitglieder sind genauso gewünscht wie für Mitglieder der Landesseniorengruppe, der Bürger- und Ordnungsdienste sowie der Berliner Feuerwehr. Tarifbeschäftigte aller Behörden sollen offensiver mit eingebunden werden.

Stephen Köppe

ist Projektleiter der GdP-Zukunftswerkstatt Berlin.

Unsere GdP wiederum sollte in Richtung Politik künftig mehr Themenfelder der Tarifbeschäftigten aufgreifen. Ein flexibleres Laufbahnrecht mit besseren Karrierechancen für Tarifbeschäftigte und im Beamtenbereich sollte thematisiert werden. Die besonderen Herausforderungen für Frauen (Teilzeit und Karrierechancen) müssen hier offen und orientiert an der wirklichen Situation in der Praxis diskutiert werden. Insbesondere bei den Tarifbeschäftigten und Beamten ist bei gleicher Arbeit und unterschiedlicher Bezahlung sozialer Unfrieden vorhersehbar und zum Teil in der Praxis schon existent.

Schnelle Entlastung

Die psychischen und physischen Belastungen sind in einzelnen Behörden in Berlin unerträglich hoch. Viele Mitglieder berichten von hohen gesundheitlichen Risiken in ihren Arbeitsbereichen (Personalmangel bei steigender Arbeitsdichte und gleichzeitiger Verantwortungsdiffusion innerhalb vieler Behörden). Gepaart mit einer fehlenden Führungskultur sowie überforderten Führungskräften kann das Beschäftigte krank machen. Die Motivation sinkt. Vielerorts lassen Burn-outs Krankheitstage steigen. Gleichzeitig sinkt auch die Attraktivität für neue Beschäftigte. Zu diesen Themenfeldern liegen aktuell erste Ergebnisse im Bereich der Berliner Feuerwehr sowie der Bürger- und Ordnungsdienste vor, die es gilt, methodisch zu verifizieren sowie zu konkretisieren. Hierzu ist das Projektteam der Zukunftswerkstatt

aktuell mit den Verantwortlichen innerhalb unserer GdP im Gespräch.

Perspektiven nach dem aktiven Dienst

Hinsichtlich des drohenden Personalmanagements in der öffentlichen Verwaltung wurden innerhalb der Workshops der Seniorengruppe das Thema Mini-Jobs in der Rente/Pension thematisiert. Einige Mitglieder könnten sich vorstellen, von zu Hause für die eigene Behörde weiter unterstützend digitalisiert zu arbeiten. Denkbar wäre, diese Thematik in die aktuelle Diskussion mit der Politik um Renten- und Pensionskorridore einzubauen.

Handlungsempfehlungen

- Durchführung einer Strategietagung mit dem GLBV
- Anschließend Beteiligung des LBV – Abstimmung und Maßnahmenplanung
- Einbau der Themenfelder/Ergebnisse in die politischen Gespräche
- Durchführung gemeinsamer Workshops
- Zeitnah AG Bildung stärken und ausbauen und Themenvielfalt erweitern
- Anlassbezogene Kompetenztische mit den einzelnen Interessengruppen
- Regelmäßige Umfragen in den Interessengruppen

Ausblick und Fazit

Unsere GdP Berlin hat sich in Richtung Zukunft bewegt. Eure Themenfelder liegen auf dem Tisch. Wir stehen im Austausch zu unseren Kernthemen. Was ist uns vielleicht mehr wert als anderes? Es ist nun Managementaufgabe unseres GdP-Vorstandes, klar zu priorisieren und sich zu positionieren. Welche Themenfelder können kurzfristig, mittelfristig oder langfristig organisatorisch und finanziell bewegt werden?

Wer verändert, setzt natürlich auch in Bewegung, nicht nur die Menschen, sondern auch die Organisation als solche. Es wird strukturelle Veränderungen innerhalb unserer GdP geben müssen. Themenverantwortlichkeiten, Zuständigkeiten sowie Entscheidungskompetenzen müssen gegebenenfalls angepasst werden. ■

ANZEIGE

10% RABATT
100% GUTE LAUNE
41x in Deutschland und auf boc24.de

**JETZT VORTEILE
SICHERN***



boc24.de



Verantwortlich: BIKE & OUTDOOR COMPANY GmbH & CO. KG,
Friedrich-Ebert-Damm 111c, 22047 Hamburg

*Alle Infos und Konditionen auf: GdP.de/gdp-plus



GdP-Plus
Partner

B.O.C.
Da fahr' Ich am besten!

Im Detail



Foto: PE Favre/stock.adobe.com

GEFAHRGUTRECHT

Das ist neu

Zum 1. Januar 2023 sind mit einer halbjährlichen Übergangsfrist (30. Juni 2023) geänderte und neue Gefahrgutvorschriften in Kraft getreten. Worum es genau geht.

Reinhard Leuker und Christian Blüggel

Hervorzuheben ist die Einführung eines neuen Abkürzungsverzeichnisses im Abschnitt 1.2.3 Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par route (ADR-Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße einschließlich der Sondervereinbarungen, die von allen an der Beförderung beteiligten Staaten unterzeichnet worden sind). Weiterhin eindeutig beschriebene Festigkeiten von Containern, die Zulassung von Gefahrgutfahrzeugen mit Elektro- oder Hybridantrieb und die Beschreibung und Kennzeichnung von Sicherheitsventilen bei Tanks für Gase. Dazu kommen noch Vorschriften für ortsbewegliche Tanks mit Tankkörpern aus faserverstärktem Kunststoff, Einführung von Brandunterdrückungsanlagen und Hitzeschutzeinrichtungen an Tankfahrzeugen sowie viele notwendige Rechtsanpassun-

gen, aber auch redaktionelle erforderliche Änderungen.

Reichlich Wirbel

Die zum 1. Januar 2017 aufgehobene Freistellung zur Beförderung von Maschinen und Geräten mit der gleichzeitigen Einführung anstelle dessen von sehr umfangreichen Neuerungen trat am 1. Januar 2023 endgültig in Kraft. Das Ende dieser Übergangsfrist hat in der Wirtschaft, aber auch bei Behörden bereits für viel Wirbel gesorgt, da alle erdenklichen Gegenstände, Maschinen und Geräte, in denen sich auch nur sehr geringe Mengen Gefahrgut befinden, jetzt endgültig als Gefahrgut eingestuft sind.

Die für die Umsetzung des ADR erforderliche Gefahrgutänderungsverordnung (GGÄndVO) zur Anpassung unter anderem

der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB) befand sich nach der Anhörung der Verbände zur Rechtsprüfung im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und dürfte noch im Januar veröffentlicht worden und rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt worden sein.

Wichtige Ergänzung

In der GGVSEB ist beabsichtigt, eine für die Polizei wichtige Ergänzung als Absatz 5 im Paragraphen 29 GGVSEB einzufügen.

Der Wortlaut soll wie folgt sein:

„§ 29 (5) GGVSEB

Wer während der Beförderung die Ladungssicherung verändert, hat dafür zu sorgen, dass die Vorschriften über die Beladung und die Handhabung nach Abschnitt 7.5.7 ADR beachtet werden.“ ■

ÜBER DIE AUTOREN

Reinhard Leuker

ist pensionierter Polizeihauptkommissar (PHK) und lehrte zuvor im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) der nordrhein-westfälischen Polizei. Der Verkehrsexperte ist zudem Mitglied in der AG Verkehr des GdP-Bundesvorstandes.

Christian Blüggel

Co-Autor und PHK, lehrt ebenso im LAFP/NRW.

Gelesen

REALE EREIGNISSE VERARBEITET: DER ROMAN „HIMMELSLEITER“

Auf schwieriger Mission

Der neu erschienene historische Roman „Himmelsleiter“ des Mülheimer Wissenschaftlers Stefan Piasecki ist vor dem Hintergrund von 150 Jahren deutsch-persischer/iranischer diplomatischer Beziehungen (1873-2023) im Herbst vergangenen Jahres erstmals auf der Buchmesse in Frankfurt am Main vorgestellt worden. Die darin enthaltenen Schilderungen ermöglichen dank der gründlichen Recherche des Autors in Archiven einen tiefen Einblick sowohl in die deutsche Diplomatie als auch die Kultur Persiens in den 1920er-Jahren.

Wolfgang Schönwald

Die zentrale Handlung ist fiktiv, bezieht sich jedoch auf reale Ereignisse. Der Autor zeichnet ein authentisches Bild Persiens zu Beginn der Herrschaft Reza Schahs im Jahre 1925, die bis 1941 andauerte, und einer Gesellschaft, die rasant den Wechsel vom Mittelalter zur Neuzeit vollziehen muss.

Am Vorabend der Weltwirtschaftskrise 1929 versuchen der Potsdamer Textilunternehmer Theodor Simon und die Zeppelin-Werke einen Befreiungsschlag gegen die wirtschaftliche und außenpolitische Isolation Deutschlands. Unter Vermittlung des Auswärtigen Amtes soll in Persien ein Luft-handelsstützpunkt für das neue Luftschiff LZ 128 „Schahnameh“ entstehen und den Handel mit feinen Seiden erleichtern. Konkurrenz droht aus Großbritannien durch die Luftschiffe R 100 und R 101, doch der Schah von Persien hält zu Deutschland.

In geheimer Mission wird der Ingenieur Wilhelm Darburg nach Teheran entsendet, um dem Luftschiff LZ 127 „Graf Zeppelin“ auf dessen Weltumrundung eine werbewirksame Stippvisite zu ermöglichen.

Darburg trifft in Persien auf eine mit brutalen Mitteln modernisierte Gesellschaft und eine illustre Schar westlicher Abenteurer: Spione, Künstler und Handeltreibende. Die Mission gestaltet sich schließlich weit-aus schwieriger als gedacht.

Der Roman kombiniert historische Dokumente mit einer abwechslungsreichen erfundenen Geschichte, deren Rahmen präzise recherchiert wurde. Geschehnisse, persönliche Verhältnisse, Namen, Tätigkeitsbereiche und sogar kalendarische Daten und Tageszeiten werden exakt wiedergegeben. Hierzu wurden Tausende Seiten Botschaftskorrespondenz der deutschen Vertretung in Tehe-

ran von 1924 bis 1932 ausgewertet, wie der Buchautor in seiner Danksagung schrieb.

Die Schauplätze in Deutschland und Persien wurden mittels historischer Fotografien und Pläne rekonstruiert und, soweit noch erhalten, besichtigt. Der Schriftsteller erläuterte, dass er die Orte immer mit einer 360-Grad-Kamera besuchte, damit er später durch die Rundumsicht auch die dortige Stimmung nachempfinden und beschreiben konnte.

Stefan Piasecki mag gute Geschichten. „Geschichten ermöglichen uns Normalsterblichen das, was sonst nur wenigen Auserwählten vorbehalten ist oder einfach noch gar nicht funktioniert (...) wir können Zeitreisen unternehmen, in den Weltraum fliegen, alternative Welten bereisen und dabei auch unsere eigene Realität aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten.“ ■

EMPFEHLUNG



Stefan Piasecki: Himmelsleiter – Nardebane Aseman

Softcover, 2022, 368 Seiten, 19,90 Euro,
ISBN 978-9403674780
Hardcover, 368 Seiten, 24,90 Euro,
ISBN 978-9403674773

ANZEIGE

Kraemer
IHR JUWELIER MIT HERZ

Gutes tun & Gutes tun!

Mit Ihrer Arbeit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Dafür verdienen Sie großen Dank. Wussten Sie, dass Sie bei Juwelier Kraemer auch Gutes tun? Mit jedem Kauf unterstützen Sie das herausragende soziale Engagement der Gold-Kraemer-Stiftung.

GdP-Partner-Rabatt:

10%*

*exklusiv für alle GdP-Mitglieder.
Gültig in allen Filialen und online:
www.juweliere-kraemer.de



Mehr darüber: www.juweliere-kraemer.de/mit-stifter

Nachlass gilt nicht auf bereits reduzierte Ware und Geschenkkarten.
Nicht mit anderen Rabattaktionen kombinierbar.



www.juweliere-kraemer.de



GdP-Plus
Partner

Hingeschaut



„Opfer sein und Täter werden liegt oft nahe beieinander; auch Opfer sein und bleiben ... denn: die Bereitschaft zur Ausübung oder Erduldung von Gewalt wird früh in der Kindheit angelegt“, sagt Andrea Schütte.

WAS POLIZISTEN WISSEN MÜSSEN

Zwei Minuten für mehr Kinderschutz

„Zoff daheim? Die Polizei kommt.“ So heißt es leider oft: Über 140.000 Fälle häuslicher Gewalt jährlich im Hellfeld verzeichnet die Polizei bundesweit. Am Tatort oft übersehen werden dabei Kinder und Jugendliche als ganz eigenständige Opfergruppe. Die hessische Kriminalhauptkommissarin Andrea Schütte liefert mit „DreiSatz“ mehr als nur ein ineinanderlaufendes Konzept für Polizeibeamte vor Ort.

Jana Biesterfeldt

Es ist eine unschöne Situation für die Betroffenen: Die Polizei kommt. Es wird laut, es wird emotional, das Zuhause ist ein Tatort. Bei Delikten häuslicher Gewalt erleben Kinder und Jugendliche

einen Polizeieinsatz, der in ihr familiäres Umfeld hautnah hereinbricht. Sie fühlen sich oft nicht richtig wahrgenommen – auch mit ihrer Scham und vielen Unsicherheiten allein gelassen. Die Polizei sei in der

Situation so nah am Geschehen und daher ein unterschätzter Faktor in der positiven Einflussnahme auf betroffene Kinder und Jugendliche, zeigt sich Kriminalhauptkommissarin Andrea Schütte überzeugt: „Wir brauchen kein zusätzliches Personal. Wir sind schon vor Ort“.

Seit über 20 Jahren beschäftigt sie sich mit Themen rund um von häuslicher Gewalt betroffenen Kindern. Zudem wirkte die erfahrene Polizistin an empirischen Studien mit. Heute arbeitet sie im Zentrum für Fort- und Weiterbildung, Fachfortbildung Polizei an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit als verantwortliche Leiterin der Fortbildungen in Hessen für den Bereich der häuslichen Gewalt. Aufgrund ihrer Kenntnisse aus langjähriger praktischer Polizeierfahrung ist sie eine international gefragte Expertin. Aus dieser Arbeit sei das von ihr initiierte Konzept „DreiSatz“ entstanden, erklärt sie. Das Konzept wird seit 2018 hessenweit umgesetzt und ist seitdem in den rechtsverbindlichen Handlungsempfehlungen eingebunden.

DreiSatz

Aus diesem Konzept heraus seien für die Einsatzkräfte bei Unterstützungsmaßnahmen vor Ort drei Eckpfeiler besonders wichtig: Die Minderjährigen müssten als eigenständige Opfergruppe angesehen werden, sie seien wahrzunehmen und anzusprechen. Aber wie, und wie genau?

Nur drei an die Kinder und Jugendlichen gerichtete Sätze seien ausreichend, weiß Schütte. Einfach zu merken, einfach umzusetzen, findet die Expertin. „Nur zwei Minuten Aufmerksamkeit und die richtigen Worte können viel bewirken. Dies ist empirisch belegt. Auf keinen Fall die Kinder ignorieren. Denn Missachtung kennen sie zur Genüge, ebenso das Ausharren über Jahre in einer gewaltgeprägten und bedrohlichen Atmosphäre, ohne selbst gehört zu werden“.

Neben der Vor-Ort-Ansprache der betroffenen Minderjährigen schafft ein eigens entwickelter und kindgerechter Flyer Abhilfe. Er ist für Kinder und Jugendliche im lesefähigen Alter gedacht, die das Infopapier dann lesen können, wenn die Polizei wieder gegangen ist. Hierin wird kurz der Polizeieinsatz erklärt, wichtige Botschaften für die vorherrschenden Gefühle werden aufge-

VERKEHRSTRAFTATEN

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis

Von **Bernd Brutscher**.



11. Auflage 2021

Umfang: 536 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 32,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0903-5

Das Legalitätsprinzip aus § 163 StPO verpflichtet die Polizei zur Verfolgung von Straftaten. Einen wesentlichen Anteil der Delikte nehmen in diesem Zusammenhang die Verkehrsstraftaten ein. In diesem Buch erläutert der Autor umfassend alle bedeutsamen Vergehen sowie deren Auswirkung auf Fahrerlaubnis und Führerschein des Täters. Der Leser findet somit alle wesentlichen Informationen zum Führen von Fahrzeugen, zum Thema Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, zum Fahrerlaubnisrecht, Fahrverbot und Fahrerlaubnisentzug sowie den einzelnen Verkehrsstraftaten aus Strafgesetzbuch, Straßenverkehrsgesetz, Kraftfahrzeugsteuer- und Pflichtversicherungsgesetz.

Für die 11. Auflage wurde der Band überarbeitet und ergänzt sowie Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literaturmeinungen auf den aktuellen Stand gebracht. Insbesondere wurden die Änderungen im Fahrerlaubnisrecht berücksichtigt und die Statistiken, vor allem auch zur Rauschgiftkriminalität, aktualisiert.



DER AUTOR

Bernd Brutscher, Polizeirat a.D., Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre an der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Für Rückfragen, Anregungen oder weitere Infos können Sie die E-Mail-Adresse: DreiSatz.hpa@polizei.hessen.de nutzen.



Offizielles Logo des Konzeptes „DreiSatz“

griffen. Zudem sind konkrete Hilfseinrichtungen für sie mit leicht zugänglichen Kontaktdaten aufgeführt.

Opferschutz ist verpflichtend

Warum das alles? Auch Kinder haben Opferrechte. Darauf pocht die Kriminalhauptkommissarin. Die Polizisten seien gesetzlich dazu verpflichtet, zum Beispiel auf konkrete Hilfsinstitutionen hinzuweisen. „In der Praxis erfolgen oft wenig Maßnahmen, sei es aus Zeitmangel oder einer unübersichtlichen Situation vor Ort“, veranschaulicht Schütte. Die Polizei müsse nicht nur repressiv im Falle eines Strafverfahrens tätig werden, sondern auch im Sinne der bundesweit verpflichtenden Opferrechte sowie ihrer gesetzlichen Verpflichtungen im Präventionsbereich. Dies unterscheidet die Polizei in ihren Aufgaben deutlich von der Justiz. Hinsichtlich der immer mitbetroffenen Minderjährigen hätten die Polizeien der Länder die Gefahrenabwehr als grundsätzlichen Gesetzesauftrag zu beachten, also zum Beispiel auch Gefahren für Leib und Leben (Kindeswohlgefährdungen) abzuwehren. Das Jugendamt sei nicht, das betont die Kriminalkommissarin, als allein zuständige originäre Behörde anzusehen. Im Übrigen ist es nicht automatisch so, dass die Mutter schon für den Schutz der Kinder sorgen wird und für deren Bedürfnisse offen ist.

Die Expertin weist darauf hin, dass andere Länder in puncto Opferrechte und Prävention

bei Minderjährigen besser aufgestellt seien, als es hierzulande der Fall sei. „Das können wir doch so nicht länger hinnehmen. Warum tut Deutschland sich so schwer, Minderjährige umfänglich zu schützen?“

Drei Sätze, die Polizistinnen und Polizisten kennen sollten:

”

**Es ist nicht deine Schuld,
was hier passiert ist, und Du
bist nicht schuld an den
Folgen des Polizeieinsatzes.**

”

**Du bist nicht allein, andere
Kinder müssen dieses auch
erleben.**

”

**Du hast ein Recht darauf,
ohne Gewalt zuhause zu
Hause aufzuwachsen und
dir Hilfe zu holen.**

Wichtig ist es Schütte zufolge künftig polizeiliche Präventionsmaßnahmen in den Vordergrund zu rücken: „Oft beschäftigen die betroffenen Minderjährigen uns als weitere Opfer oder Täter als später Erwachsene in der Polizeiarbeit. Manchmal gar über Generationen.“ Ein Teufelskreis, den es zu brechen gelte.

Dem Pragmatismus entgegenkommen

Wie kommt also das Konzept zum Polizisten? Einsätze häuslicher Gewalt sind komplex, arbeitsreich und aus Gründen der Eigensicherung auch mitunter gefährlich. Sie benötigen viel Hintergrundwissen, um nicht zu demotivieren, wenn das Opfer keine weitere Strafverfolgung wünscht. Das Konzept „DreiSatz“ ist bewusst pragmatisch angelegt und leicht in der Praxis umzusetzen.

Die drei Sätze „hören sich vielleicht auf den ersten Blick lapidar an, aber sie helfen Kindern“, bekräftigt Schütte. Laut ihren Erfahrungen beachten die allermeisten Polizisten inzwischen die Minderjährigen im Einsatzgeschehen schon aus moralischen Gründen oder aus einem Bauchgefühl heraus.

Neben dem Flyer bietet auch ein kurzweiliges E-Learning-Programm Einsatzkräften einen interaktiven Einstieg in die Thematik, in einer Mediathek finden Interessierte Dokumente, einen eigens erstellten Videoclip sowie weiterführende Literatur.

Polizei muss positiv wahrgenommen werden

Ein wichtiges Ziel, das sich Polizistinnen und Polizisten vor Augen führen müssten, sei, dass die Polizei weiterhin als helfendes Organ angesehen werde. Schon dafür sei das Wahrnehmen und Ansprechen bedeutend. Kinder und Jugendliche sollen sich auch künftig bei weiteren eskalierenden Situationen trauen, den Notruf auch noch anrufen zu wollen. Schütte betont: „Ein positives Bild von der Polizei zu haben, ist wichtig“. Wenn jeder Polizist, jede Polizistin in ihrem Einsatzwagen diesen Flyer mit sich führe und mit entsprechender Ansprache verteile, sei bereits vielen Minderjährigen geholfen. ■

DP DIGITAL



DP „to go“!

Die DP-App für Smartphone und Tablet –
die mobile Alternative zu eurer Mitglieder-Zeitschrift

Die digitale DP steht als App in den Stores als iOS- und Android-Version unter „DP DEUTSCHE POLIZEI“ zur Verfügung. Das digitale GdP-Mitgliedermagazin ist für die meisten Endgeräte optimiert und bietet somit einen sehr guten Lesekomfort. Selbstverständlich sind neben dem Bundesteil alle Landes- und Bezirksjournale dort abrufbar.



Laden im
App Store



JETZT BEI
Google Play



**Gewerkschaft
der Polizei**

Innenleben



Foto: privat Foto: Gusho/Armalshutterstock.com

MIT DEM TVÖD WIRKSAM GEGEN DEN PERSONAL- UND FACHKRÄFTEMANGEL

Richtig suchen, erfolgreich finden

Egal wo man hinschaut, überall wird „Personal gesucht“. Der Beschäftigtenmangel ist nicht nur in der Dienstleistungsbranche, im Supermarkt oder im Gastgewerbe zu spüren. Auch im öffentlichen Dienst wird (seit Jahren) dringend nach Unterstützung gesucht. Wie das Finden gelingen kann, erklärt DP-Autorin Mandy Hübner.

Mandy Hübner



Foto: privat

Anders als in der freien Wirtschaft sind an die vakanten Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst bestimmte Anforderungen geknüpft. Das macht es zusätzlich schwerer, den Richtigen oder die Richtige für den Job zu finden. Eine erste zu meisternende „Klippe“ ist die Stellenbeschreibung: Die für die Stellenbewertung maßgebliche Entgeltordnung gibt vor, welche Mindestanforderungen, zum Beispiel an Ausbildungs- oder Studienabschlüssen und/oder Berufserfahrung, an Bewerbende zu stellen sind. Darüber hinaus werden fachliche Kenntnisse oder Er-

fahrungen abgefragt, die von Bewerbenden ebenso mitzubringen sind.

Nach Ende der Bewerbungsfrist werden Bewerbungen gesichtet und auf formale Eignung geprüft. Wissen muss man: Die Bewerbungsfrist ist eine Ordnungsfrist. Das heißt, auch eine Bewerbung nach Ablauf der Frist ist möglich, sofern das Auswahlverfahren noch nicht zu weit vorangeschritten ist.

Der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst ist an sein vorher erstelltes Anforderungsprofil gebunden. Bewerber und Bewerberinnen, die die geforderte Qualifikation nicht

mitbringen, können im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden.

Anschließend folgen weitere Bewerbungshürden. Das kann in einem ersten Schritt ein vorher zu absolvierender (schriftlicher) (Online-)Test sein, dessen Nichtbestehen ebenfalls zum Ausschluss führt.

Grundsätzliche Eignung

Ein Auswahlgespräch rundet das Auswahlverfahren ab. Nach strukturierten Vorgaben werden den Bewerbenden Fragen gestellt. Damit ist sichergestellt, dass allen Teilnehmenden im gleichen Auswahlverfahren die gleichen Fragen gestellt werden. Die jeweilige Gesprächsleistung wird mit Punkten bewertet. Zuvor wurde festgelegt, welche Mindestpunktzahl vom Bewerbenden zu erreichen ist, um als „grundsätzlich geeignet“ eingestuft zu werden. Die Gesprächsleistungen aller Bewerbenden werden dann in eine Reihenfolge gebracht. Unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben aus dem Bundesgleichstellungsgesetz (BGleG) und dem Sozialgesetzbuch (SGB) IX (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung) erfolgt dann ein Ranking. Dem bestgeeigneten Bewerbenden wird dann ein Einstellungsangebot unterbreitet.

Neben der Auswahlkommission können im öffentlichen Dienst auch die Gleichstellungsbeauftragte, der Personalrat und die Vertrauensperson für schwerbehinderte Menschen am Auswahlgespräch teilnehmen. Anders als in der freien Wirtschaft sitzt damit der Bewerbende einer viel größeren Anzahl von Menschen gegenüber.

Es ist geschafft: Der oder die bestgeeignete Bewerbende hat ein Einstellungsangebot bekommen. Haben er oder sie Fragen? Bestimmt.

Wann kann ich eingestellt werden?

Das Einstellungsdatum ist ein Stück „Verhandlungssache“. Es hängt von mehreren Faktoren ab wie Kündigungsfristen des Bewerbenden, Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten, Zustimmung der Personalvertretung, gegebenenfalls ärztliche Untersuchung und gegebenenfalls eine Sicherheitsüberprüfung.

STEUERERKLÄRUNG FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Für das Steuerjahr 2022

Von **Sven Gareiß**.



4. Auflage 2022

Umfang: 272 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 17,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0921-9

Gerade der Polizeiberuf bringt eine Vielzahl von Besonderheiten mit sich, die auch für die jährliche Steuererklärung von Bedeutung sind. Dieser Ratgeber verschafft Polizeibediensteten einen tiefgreifenden Überblick, was sie steuerlich geltend machen können und hilft ihnen dabei, diese Ansprüche gegenüber dem Finanzamt durchzusetzen. Der Aufbau und die Darstellung folgt dabei den aktuellen Steuerklärungsvordrucken.

Auch in dieser Neuauflage begleitet der Autor den Leser Schritt für Schritt von der Erstellung der Steuererklärung bis hin zu einem möglichen Einspruchsverfahren gegen den erfolgten Steuerbescheid. Einen strukturierten Überblick über die Materie erhalten die Nutzer durch die durchgängig genutzten Symbole („Hinweis“, „Merke“, „Achtung“, „Rechtsquelle“), die zudem das Verständnis für das Thema wesentlich erleichtern. Gleiches gilt für die zahlreichen Berechnungsbeispiele wie auch Musterfälle, die der Autor mit einbringt.

Diese Ausgabe unterstützt Sie nicht nur bei der Steuererklärung 2022, sondern Sie erhalten einen wichtigen Ausblick auf alle Neuerungen für 2023 und 2024 zum Homeoffice, dem häuslichen Arbeitszimmer sowie zum Kindergeld, Kinderfreibetrag, Unterhalt und der Anpassung des Grundfreibetrages aus dem Inflationsausgleichsgesetz.

Damit bietet dieses Buch wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Steuererklärung, von der auch Beschäftigte außerhalb der Polizei profitieren können. Denn schließlich geht es um ihr Geld!



DER AUTOR

Sven Gareiß, Dipl.-Finw. (FH), ist Sachgebietsleiter in einem Hamburger Finanzamt und war zuvor als hauptamtlicher Dozent an der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht Hamburg tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

DP-Autorin Mandy Hübner

ist Vorstandsmitglied im Gesamtpersonalrat des Bundeskriminalamtes (BKA), Mitglied der Bundestarifkommission der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und war viele Jahre in der Personalgewinnung tätig.

Wie lange dauert die Probezeit?

Die ersten sechs Monate gelten als Probezeit – wenn nicht eine kürzere Zeit vereinbart ist.

Wie viel Urlaub habe ich?

Der Urlaubsanspruch beträgt im Kalenderjahr – unabhängig vom Lebensalter – dreißig Arbeitstage, wenn die wöchentliche Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche verteilt ist.

Wie viel Gehalt bekomme ich?

Keine einfache Frage. In der Stellenausschreibung war eine Entgeltgruppe ausgewiesen. Eine Entgelttabelle weist in den Stufen eins und zwei ein Grundentgelt und dann in den Stufen drei bis sechs Entwicklungstufen auf.

Allein in der Entgeltgruppe (EG) 10 ergibt sich eine Spannweite von 3.492,26 Euro (Stufe eins) bis 4.950,36 Euro (Stufe sechs) brutto.

Um eine höhere Stufe als die Stufe eins zu erhalten, müssen ein Bewerber oder eine Bewerberin eine einschlägige Berufserfahrung nachweisen können. Bei einer Berufserfahrung von mehr als einem Jahr sieht der TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) die Zuordnung zur Stufe zwei und bei einer Berufserfahrung von mehr als drei Jahren eine Zuordnung zur Stufe drei vor.

Eine Berufserfahrung gilt als einschlägig, wenn die frühere Tätigkeit und die neue Tätigkeit gleichartig, gleichwertig und beruflich anzusehen sind.

Gleichartig bedeutet, dass die frühere Aufgabe im Kern unverändert fortgeführt wird. Das heißt: War jemand zuvor in der Softwareentwicklung tätig und wird diese Aufgabe auch beim neuen Arbeitgeber wahrgenommen, kann eine Gleichartigkeit bejaht werden.

Die Gleichwertigkeit liegt vor, wenn vorherige Tätigkeiten der gleichen Entgeltgruppe zuzuordnen sind. Gleiches gilt bei Zuordnungen zu in einer höheren Entgeltgruppe, bei einer niedrigeren jedoch nicht.

Als beruflich ist eine Tätigkeit anzusehen, wenn diese tatsächlich ausgeübt wurde und zum Verdienst des Lebensunterhalts

beitrug. Erfahrungen in der Ausbildung werden nicht als berufliche Erfahrung anerkannt. Gleichwohl kann ein Beamtenverhältnis – mit Ausnahme des Vorbereitungsdienstes – anerkannt werden.

Die Schwierigkeit bei Tätigkeiten im öffentlichen Dienst liegt darin, dass teils Aufgaben erfüllt oder Tätigkeiten ausgeübt werden, die in der Wirtschaft nicht existieren. Eine davon ist die Handschriftenerkennung in der Kriminaltechnik. Zudem sind Aufgaben, die zum Beispiel durch Beschäftigte im öffentlichen Dienst bei Kommunen oder Landesverwaltungen wahrgenommen werden, schlechter eingruppiert als beim Arbeitgeber Bund. Das führt dazu, dass die Gleichwertigkeit ebenfalls nicht bejaht werden kann.

Was also tun, um erfahrenes und qualifiziertes Personal zu gewinnen?

Bei der Stufenzuordnung können förderliche Zeiten anerkannt werden, wenn dies zur Deckung des Personalbedarfs erforderlich ist. Also, wenn ohne Anerkennung der Zeiten die vakante Stelle nicht besetzt werden kann. Gleichwohl liegt die Anrechnung förderlicher Zeiten im Ermessen des Arbeitgebers. Zudem entscheidet er auch, ob die Zeiten ganz oder teilweise berücksichtigt werden.

Bei der Anrechnung förderlicher Zeiten spielt es keine Rolle, ob die Berufserfahrung als gleichartig und/oder gleichwertig anzusehen ist. Wichtig ist nur, dass sie für die neue Aufgabe nützlich ist. Es gibt zwar keine Vorgabe, wie lange der Erwerb dieser Berufserfahrung maximal zurückliegen darf, gleichwohl muss für die Anerkennung von einem Nutzen ausgegangen werden.

Darüber hinaus bietet der TVöD im Ermessen des Arbeitgebers zur Deckung des Personalbedarfs auch die Möglichkeit der Vorweggewährung von Stufen. Das bedeutet nicht, dass der neueingestellte Mitarbeitende direkt einer höheren Stufe zugeordnet wird. Vielmehr handelt es sich dabei um eine Zulage für ein bis zu zwei Stufen höheres Entgelt.

Es geht sogar beides – die Anrechnung förderlicher Zeiten und die Vorweggewährung einer höheren Stufe. Daher kann es passieren, dass jemand bei der Neueinstellung im Rahmen der Berücksichtigung förderlicher Zeiten direkt der Stufe sechs (End-

stufe) zugeordnet wird. In diesem Fall kann eine maximale Zulage in Höhe von 20 Prozent des Tabellenentgelts der Stufe zwei vorweggewährt werden.

Besonders die Gewinnung von IT-Fachleuten und Ingenieur-Personal stellt den öffentlichen Dienst vor enorme Herausforderungen. In der freien Wirtschaft können deutlich bessere Gehälter gezahlt werden. Nichtsdestotrotz werden diese Kräfte auch bei uns gebraucht. Mit Benefits wie gleitender Arbeitszeit, mobilem Arbeiten und Kitaplätzen werben längst auch private Unternehmen. Das hat auch der öffentliche Dienst erkannt und bietet auf Bundesebene zur Deckung des Personalbedarfs seit Jahren die Möglichkeit, eine Fachkräftezulage für die Einstellung in den Entgeltgruppen EG 9a bis EG 15 (bei IT-Personal) beziehungsweise EG 9c bis EG 15 (bei Ingenieurinnen und Ingenieuren), die für maximal fünf Jahre in Höhe von bis zu 1.000 Euro monatlich gewährt werden kann. Eine Verlängerung ist für bis zu fünf Jahre möglich.

Darüber hinaus können diese Beschäftigten bei der Einstellung, sofern sie über keine oder wenig Berufserfahrung verfügen, über tariflich der Stufe zwei oder drei zugeordnet werden. Wenn sie Berufserfahrung von mindestens drei Jahren vorweisen können, kann in besonderen Fällen auch die Stufe vier gewährt werden. Bei der Anwendung dieser Maßnahmen ist eine Kombination der Zulage aus der Vorweggewährung, als auch mit der Anrechnung förderlicher Zeiten möglich. Die Maßnahmen sind vorerst bis zum 31. Dezember 2024 befristet.

Mangel entgegenwirken

Egal welche Möglichkeiten auf dem Papier bestehen, jetzt gilt es, diese auch – mit Augenmaß – zu nutzen, um dem Fachkräftemangel ein Stück entgegenzuwirken. Gleichwohl ist es wichtig, langjährige Beschäftigte nicht zu vergessen. Es frustriert, wenn bei der Einstellung neuer Beschäftigter alle Möglichkeiten ausgeschöpft, aber erfahrenes und hoch qualifiziertes Personal, das die Arbeitsaufläufe kennt, gestaltet und auch neuen Beschäftigten vermittelt, schlechter bezahlt wird. Deshalb ist es möglich, die Vorweggewährung von Stufen beziehungsweise die Fachkräftezulage auch zur Bindung des Personals einzusetzen. ■

Service



Jetzt informieren und gleich GdP-Kreditkarte bestellen.

www.bbbank.de/gdp



Beim Startschuss der GdP-Kreditkarte: GdP Bundesvorsitzender Jochen Kopelke (l.) mit Michael Lutz (BBBank, Direktor Öffentlicher Dienst) und GdP-Bundeskassierer Clemens Murr (r.).

GdP UND BBBANK BAUEN KOOPERATION AUS

Zahlen unter einem guten Stern

Seit 2018 unterstützt die BBBank die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als Exklusivpartner in allen Finanzangelegenheiten. Egal ob Konto, Wunschkredit, Baufinanzierung oder Geldanlage – die Mitglieder der Gewerkschaft profitieren vom attraktiven BBBank-Produktangebot zu Top-Konditionen.

September 2022 in Berlin: Auf dem GdP-Bundeskongress verkündete Michael Lutz, Direktor Öffentlicher Dienst bei der BBBank, den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen beiden Partnern: „Ab Winter 2022 ergänzt die GdP-Kreditkarte unser Pro-

duktspektrum für alle GdP-Mitglieder. Die gelabelte Kreditkarte ist eine konsequente Weiterentwicklung unseres Better-Banking-Angebots und markiert einen weiteren wichtigen Meilenstein in unserer langjährigen Kooperation.“

Die VISA-Kreditkarte kommt in zweifacher Ausfertigung und mit vergünstigten Konditionen: die ClassicCard ist für 0 Euro pro Jahr und die schwarze Kreditkarte für einen Jahresbeitrag von 29,90 Euro erhältlich.

Die schwarze Kreditkarte beinhaltet zusätzlich diverse Versicherungsleistungen wie eine Verkehrsmittel-Unfall-, Auslands-kranken- und Reiserücktrittsversicherung. Darüber hinaus erhalten GdP-Mitglieder mit der schwarzen Kreditkarte eine siebenprozentige Reisepreiserstattung im BBBank Reiseportal und haben über das BBBank-Entertainment-Portal Zugang zu Tickets für exklusive Konzerte, Sport- und Kino-Events.

Mit beiden Varianten können GdP-Mitglieder fortan mit dem 3D Secure-Code sicher online shoppen sowie weltweit kontaktlos und mobil bezahlen.

Die ClassicCard verfügt über einen eingeräumten Kreditrahmen, Zahlungen werden kreditkartentypisch gebündelt und einmal monatlich abgerechnet. ■

KAPITALMARKT

ANZEIGE

Beamendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 € Kostenfrei anrufen

- Vorteilszins für dem öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500
öD-Beratung seit 1976

AK-Finanz.de info@ak-finanz.de

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Unser Tiefzins Echt sehr gut

Kredite umschulden!

AK FINANZ

AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0

Hingeschaut



Dr. Maren Freyher (l.) zusammen mit dem Ehrenvorsitzenden des DPSK Hans-Heinrich Heinsen (m.) und Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack beim Eröffnungsfestakt zu den Deutschen Polizeifußballmeisterschaften im September.

SPORT IN DER POLIZEI

„Habe großen Respekt vor der Aufgabe“

Polizei und Sport sind eng verbunden. Wie eng demonstriert eindrucksvoll das Deutsche Polizeisportkuratorium. Dort kümmert man sich um Dienstsport, Wettkampfsport, Spitzensport sowie Gesundheits- und Präventionssport. Nun gab es dort einen Stabwechsel von Nordrhein-Westfalen in den hohen Norden, nach Schleswig-Holstein. DP-Autor Thomas Gründemann weiß mehr.

Thomas Gründemann

Deutsche Polizeifußballmeisterschaften im September vergangenen Jahres in Eutin: Es gießt in Strömen, auf dem Platz gibt es vor der Finalbegegnung ein Einlagespiel mit Menschen mit Handicap. Am Spielfeldrand steht Dr. Maren Freyher, Leiterin der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei (PD AFB) Eutin und Sportbeauftragte der schleswig-holsteinischen Landespolizei und lässt sich genau erläutern, worauf es ankommt. Freyher liegt der Integrationssport genauso sehr am Herzen wie der Kampf um Meistertitel. Denn: Sport verbindet Menschen, egal ob es regnet oder die Sonne scheint.

Mit Beginn des neuen Jahres hat Freyher eine neue Aufgabe übernommen: Sie ist Bundesvorsitzende des Deutschen Polizeisportkuratoriums. Die 53-jährige Polizistin wurde

für zwei Jahre gewählt und bei einem Festakt in Düsseldorf in ihr neues Amt eingeführt.

Mit der Leitenden Polizeidirektorin hat die schleswig-holsteinische Landespolizei für eine zweijährige Dauer die Führung des Deutschen Polizeisportkuratoriums übernommen. In den vergangenen Jahren war Maren Freyher bereits stellvertretende DPSK-Vorsitzende. Sie kennt sich also aus: „Die Übernahme des Vorsitzes und der Geschäftsstelle ist sportlich herausfordernd. Ich übernehme diese Aufgabe mit großem Respekt, da ich um die Verantwortung und Arbeit weiß, die auf das Team Landespolizei und mich zukommt.“

Der DPSK Vorsitz sei ein wichtiger Beitrag für die Gültigkeit des Mottos „Sicherheit braucht Fitness“. Die schleswig-holsteinische Landespolizei hatte in der über 70-jäh-

rigen Geschichte des DPSK schon zweimal den Vorsitz (1958 bis 1959 und 1989 bis 1991) inne. „Insofern will die schleswig-holsteinische Landespolizei nunmehr im Rahmen der föderalen Struktur wieder ihren Beitrag für das DPSK leisten“, erklärt Freyher, die weiterhin die PD AFB leiten wird.

Exzellente Entscheidung

Innen- und Sportministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack bezeichnete die Übernahme des Vorsitzes im Deutschen Polizeisportkuratorium als Ehre für Schleswig-Holstein. Mit der Wahl der Leitenden Polizeidirektorin zur DPSK-Vorsitzenden sei eine „exzellente Entscheidung“ getroffen worden. „Maren Freyher ist es gewohnt, über den Tellerrand hinauszuschauen und Ideenvielfalt einzubringen. Sie hat damit die Gelegenheit, den Polizeisport in Deutschland aus einer besonderen Funktion und Verantwortung heraus zu gestalten, und das möglicherweise auch durch eine andere Perspektive aus dem hohen Norden der Republik“, erklärte Sütterlin-Waack.

Sie stehe dem Polizeisport nicht nurgeschlossen gegenüber, sondern sehe die sportliche Betätigung als selbstverständlich und als Grundlage für den Beruf an. „Wer als Polizistin oder als Polizist die Belastungen und Herausforderungen des Berufes erfolgreich bewältigen will, muss physisch und psychisch fit sein. Regelmäßiger Sport zur Gesunderhaltung ist da unverzichtbar“, weiß die Ministerin. Neben der körperlichen Belastungsfähigkeit brauche es im Sport wie im Polizeiberuf aber auch die mentale Stärke und eine wertschätzende Grundhaltung. Dazu gehöre ein faires und sich gegenseitig motivierendes Teamverhalten. Sport vermittele Werte und Einstellungen, die auch für den Polizeiberuf unverzichtbar seien. Für den Leistungs- und Spitzensport böten die Polizeien der Länder und des Bundes ideale Voraussetzungen, führte Sütterlin-Waack aus. ■

Das Deutsche Polizeisportkuratorium

Das Deutsche Polizeisportkuratorium (DPSK) wurde am 3. November 1949 in Frankfurt am Main gegründet. Es besteht aus den Polizei-

Hingeschaut



Alle Informationen und
Online-Bewerbung direkt
unter:

www.dprp.de

sportbeauftragten des Bundes und der Länder und wird durch einen selbstgewählten Vorstand geführt. Es ist ein beratendes Gremium, das sich um die verschiedenen Bereiche des Polzeisports kümmert. Dazu zählen Dienstsport, Wettkampfsport, Spitzensport sowie Gesundheits- und Präventionssport.

In erster Linie koordiniert, informiert und berät das DPSK, gibt Impulse und vertritt die gemeinsamen polizeisportlichen Interessen für ganz Deutschland. Es berät das Bundesministerium des Innern und für Heimat und die für die Polizei zuständigen Minister und Senatoren in allen Grundsatzfragen des inner- und außerdienstlichen Polzeisports. Zu den Aufgaben des DPSK gehört neben der Koordinierung von Deutschen Polizeimeisterschaften und internationalen Wettkämpfen der Polizei auch die Nominierung von Polzeisportlerinnen und -sportlern sowie Mannschaften für Europäische Polizeimeisterschaften. Das DPSK ist Mitglied des Europäischen Polzeisportverbandes und als „Verband mit besonderen Aufgaben“ auch des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Mit dem Vorsitz wechselt auch die Geschäftsstelle des Deutschen Polzeisportkuratoriums (DPSK) aus NRW nach Schleswig-Holstein zur Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei (PD AFB) in Eutin.

Die Verantwortung für den Vorsitz und die Geschäftsstelle des DPSK wechselt alle zwei Jahre. Schleswig-Holstein wird sie folglich bis 2025 wahrnehmen. Der Vorstand wird bei seinen umfangreichen sportpolitischen Aufgaben durch eine Geschäftsstelle und einen Fachausschuss unterstützt. Die Geschäftsstelle organisiert die Auswahl und Beratung von Ausrichtern für Meisterschaften oder die Betreuung des deutschen Kadets bei der Teilnahme an Europäischen Polizeimeisterschaften. Zu den Aufgaben, die in den beiden kommenden Jahren vom DPSK mit Maren Freyher an der Spitze zu organisieren sind, gehören unter anderem die Teilnahme und Ausrichtung von Europäischen und Deutschen Polizeimeisterschaften, die Polzeisportlehreungen in Berlin (2023) und im Land Brandenburg (2024) sowie die 75-jährige Jubiläumsfeier des DPSK (2024) und die erstmalige Teilnahme des DPSK mit besonderen Formaten am Europäischen Polzeikongress (2023).

DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2023

Personalräte mit Biss

Personalräte sind die personifizierte Mitbestimmung in den Dienststellen und überall da busy, wo es um die Rahmenbedingungen der Arbeit von Beschäftigten geht. Dass Personalräte oft auf großartige Ideen kommen, die sich in der Praxis als äußerst wertvoll erweisen, demonstriert jedes Jahr aufs Neue der Deutsche Personalräte-Preis. Warum mitmachen gut ist, erklärt DP-Autor Christof Herrmann.

Christof Herrmann

Startschuss für die Bewerbungsphase zum „Deutschen Personalräte-Preis“ 2023: Die bundesweite Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ aus dem Frankfurter Bund-Verlag zeichnet auch in diesem Jahr wieder Gremien aus, die sich erfolgreich für die Belange der Beschäftigten ins Zeug legen.

Ob Arbeitszeit, Folgen der Digitalisierung oder der Einsatz für gute Arbeitsbedingungen – an „Baustellen“ im öffentlichen Dienst und damit an Herausforderungen für Personalrätinnen und Personalräte herrscht kein Mangel. Der „Deutsche Personalräte-Preis“ lenkt die Aufmerksamkeit auf diese wichtige, aber oft nur wenig gewürdigte Arbeit in den Dienststellen von Bund, Ländern und Kommunen.

Frist bis Ende Mai

Bis zum 31. Mai 2023 läuft die Bewerbungsfrist für den „Deutschen Personalräte-Preis“. Teilnehmen können Personalratsmitglieder, PR-Gremien und Personalratskooperationen über mehrere Dienststellen. Für Jugend- und Auszubildendenvertretungen vergibt die DGB-Jugend einen Sonderpreis. Eine weitere Auszeichnung würdigt Schwerbehindertenvertretungen. Die Debeka, als Förderer der Preisverleihung, beteiligt sich ebenfalls mit einer Sonderauszeichnung. Eingereicht werden können In-



itiativen und Projekte guter Personalrats-, Jugend- und Auszubildenden- (JAV) und Schwerbehinderten (SBV) -Arbeit aus den Jahren 2021 bis 2023. Die Teilnahme erfolgt unkompliziert per Online-Bewerbung. **Teilnahmeschluss ist der 31. Mai 2023.**

Eine Expertenjury mit Vertretern aus Gewerkschaften, Wissenschaft und praktischer Personalratsarbeit bewertet den Erfolg und die Übertragbarkeit der Projekte wie auch deren Einfluss auf den Alltag der Dienststelle. Darüber hinaus prüft sie den Innovationsgrad und bewertet die Teamleistung auch hinsichtlich Originalität, Nachhaltigkeit und sozialem Einsatz. Die GdP ist in der Expertenjury mit den stellvertretenden Bundesvorsitzenden René Klemmer und Sven Hüber vertreten.

Die Bekanntgabe der Gewinnerinnen und Gewinner erfolgt im Rahmen des Schöneberger Forums am 15. November 2023 in Berlin. Die jährliche Fachtagung für den öffentlichen Dienst wird veranstaltet vom DGB Bildungswerk BUND und vom DGB in Kooperation mit der Zeitschrift „Der Personalrat“. ■

Eure Meinung

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

ZU: Polizeigeschichte „Freund und Helfer?“, DP 1/23

Herzlichen Dank an Jennifer Otto für diesen polizeihistorischen Beitrag! Brüche und Diskontinuitäten markieren die deutsche Geschichte und die Polizeigeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gleichermaßen. Dadurch wurden in Deutschland westliche, freiheitlich-demokratische Traditionen – unter anderem gespeist aus der amerikanischen und französischen Revolution – immer wieder verschüttet. Das Deutsche Kaiserreich von 1871 und der Nazi-Staat unterbrachen hierzulande die ‚schwarz-rot-goldenen‘ Bestrebungen der Bürgerinnen und Bürger von 1848/49 für einen fortschrittlichen Patriotismus mit den Forderungen nach Recht und Freiheit.

Bei der Behandlung und Aufarbeitung von Polizeigeschichte muss es für die Polizeianwärtinnen und Polizeianwärtler darum

gehen, einerseits deutlich die historischen Bruchlinien einer Berufsgeschichte der Polizei im Obrigkeitsstaat und während des verbrecherischen Nazi-Regimes zu erkennen, gleichzeitig aber auch, sich einer demokratischen Traditionsbildung zu vergewissern.

Dazu gehört das Polizeikonzept des Innenministers Carl Severing für eine dem Rechtsstaat verpflichtete, bürgerorientierte und modern ausgebildete Polizei in der Weimarer Republik. Und da ist schließlich auch die eigene Entwicklungsgeschichte unserer Polizeien, die jetzt seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Einsatz schützen und bewahren.

Gerade dies ist selbst eine im täglichen Dienst erarbeitete eigene ‚schwarz-rot-goldene Tradition‘, auf die alle Polizistinnen und Polizisten ganz gewiss stolz sein können.

Falko Grunau, Dozent für Polizeigeschichte an der HSPV NRW

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 03 | 72. Jahrgang 2023
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: Markus Pfeifer

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 46 vom 1. Januar 2023.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

188.320 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

REISEMARKT

ANZEIGE

SOMMER PAUSCHALE

ALL IN ONE

POST
HOTEL

★★★★

1 Woche Halbpension & Silverttaccard

ab € 665,-

KOSTENLOS INKLUSIVE

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta,
Wanderbus, geführte Wanderungen,
MTB-Verleih, 4-Gang Abendmenü, Wellness
mit Gartensauna, Tolles Programm für Kinder
& Jugendliche vom TVB; Kinderermäßigung.

BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

Familie Handle
A-6553 See, Au 164
T +43-5441-8219

www.postsee.at

info@postsee.at

PERSÖNLICHKEITSRECHT VON POLIZEIBEAMTEN

Polizeibeamte im Spannungsverhältnis zwischen Amtsträger und „Bürger in Uniform“

Von **Christoph Keller**.

NEU
AUFLAGE

2. Auflage 2022

Umfang: 576 Seiten

Format: DIN A5, Broschur

Preis: 38,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0922-6

In diesem Buch setzt sich der Autor daher umfassend mit den Fragen auseinander, wie die einzelnen verfassungsrechtlichen Garantiebereiche der individuellen Persönlichkeitsentfaltung mit der Wirklichkeit des Polizeiberufes und der Polizeiwirklichkeit in Einklang zu bringen sind. Dabei setzt er folgende Themenschwerpunkte:

- Das allgemeine Persönlichkeitsrecht
- Kommunikationsgrundrechte
- Ehrverletzungsdelikte
- Das Recht am eigenen Bild
- Das Recht am eigenen Wort
- Tatmittel: Internet
- Widerstand gegen die Staatsgewalt
- Datenschutz im Arbeits- und Dienstverhältnis
- Persönlichkeitsrechte im öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis
- Rechtsschutz

Die Darstellung mit vielen Beispielen aus der täglichen Polizeipraxis und einer gründlichen verfassungsrechtlichen Herleitung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts wendet sich an alle Polizeibeamte und liefert ihnen einen wertvollen Ratgeber dafür, ihre Erfahrungen zu bewerten. So hilft das Buch jedem Polizisten dabei, ein starkes berufliches Selbstbewusstsein und hohes berufliches Selbstverständnis zu erlangen.

Für die vorliegende Neuauflage wurde das Werk umfassend überarbeitet und ergänzt. So wurden u.a. die Kapitel zum Erscheinungsbild von Polizeibeamten und zur Teilnahme an sozialen Netzwerken erheblich erweitert. Außerdem wurde der Abschnitt „Polizeiarbeit, Corona und Dienstunfallrecht“ neu aufgenommen.



DIE HERAUSGEBER

Christoph Keller, M. A., Leitender Polizeidirektor. Ist Dozent für die Fächer Eingriffsrecht sowie Öffentliches Dienstrecht und Leiter der Abteilung Münster der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

AUSGEZEICHNET MIT DEM STERN!

Die GdP-Autoplakette schafft Kontakte, knüpft Freundschaften, verbindet.

Der massive Stern (Ø ca. 52 mm) aus silberfarbenem Metall wird mit einer Klebefolie an der Windschutzscheibe befestigt und ist auf der Rückseite mit einer eingepprägten Nummer versehen (nicht Mitgliedsnummer).

Jedes Mitglied kann grundsätzlich nur einen Autostern erwerben.

Die Lieferung erfolgt auf Rechnung.

220744

✳ 4,90 €

Nur für GdP-Mitglieder!



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,50 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de